



Ergebnisbericht der Vernehmlassung

Parlamentarische Initiative 21.403 Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung

November 2022



Inhalt

1	Ausgangslage	3
2	Gegenstand	3
3	Stellungnahmen	4
4	Stellungnahmen zur Vorlage als Ganzes	6
5	Stellungnahmen zu einzelnen Punkten	9
5.1	Ziele des Gesetzes.....	9
5.2	Geltungsbereich	11
5.3	Bundesbeitrag an die Kosten der Eltern für die familienergänzende Kinderbetreuung.....	13
5.3.1	Allgemeines	13
5.3.2	Voraussetzungen für die Gewährung des Beitrags.....	15
5.3.3	Zusammensetzung des Sockel- und Zusatzbeitrags	17
5.3.4	Beitragsberechnung.....	20
5.3.5	Kinder mit Behinderungen	22
5.3.6	Gewährung des Beitrags an die Anspruchsberechtigten	24
5.3.7	Überentschädigung.....	25
5.4	Programmvereinbarungen.....	26
5.4.1	Allgemeines	27
5.4.2	Die vier Förderbereiche	28
5.4.3	Eingesetzte Mittel	31
5.4.4	Bemessung der Finanzhilfen und Verfahren.....	32
5.5	Statistiken.....	33
5.6	Evaluation des Gesetzes.....	34
6	Anhang	36

1 Ausgangslage

Das Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung (KBFHG) ist seit dem 1. Februar 2003 in Kraft. Der Bund will mit diesem befristeten Impulsprogramm eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit oder Ausbildung erreichen. Zu diesem Zweck gewährt er Finanzhilfen für die Schaffung eines bedarfsgerechten Kinderbetreuungsangebots in der Schweiz, und seit 2018 beteiligt sich der Bund an Subventionserhöhungen der Kantone zur Senkung der Betreuungskosten der Eltern. Das Impulsprogramm war ursprünglich auf acht Jahre befristet und wurde seither mehrmals verlängert. Am 30. September 2022 haben die Eidg. Räte der Verlängerung des KBFHG bis Ende 2024 zugestimmt.¹

Am 18. Februar 2021 reichte die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates (WBK-N) die parlamentarische Initiative «Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung» (21.403) ein, mit dem Ziel, das befristete Impulsprogramm abzulösen und in eine stetige Unterstützung überzuführen. Die WBK des Ständerats (WBK-S) hat der parlamentarischen Initiative am 29. März 2021 Folge gegeben. Die WBK-N hat eine Subkommission eingesetzt, um einen Gesetzesentwurf zur Konkretisierung des Initiativanliegens auszuarbeiten. Am 28. April 2022 hiess die WBK-N einen Gesetzesvorentwurf samt erläuterndem Bericht sowie den Entwurf eines Bundesbeschlusses gut und eröffnete am 17. Mai 2022 das Vernehmlassungsverfahren. Die Vernehmlassung dauerte bis zum 7. September 2022.

2 Gegenstand

Die Vorlage verfolgt – in Übereinstimmung mit dem laufenden Impulsprogramm – das Ziel, die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit oder Ausbildung zu verbessern. Zusätzlich soll eine Verbesserung der Chancengerechtigkeit für Kinder im Vorschulalter erreicht werden.

Der Vorentwurf beinhaltet zwei Förderinstrumente:

Bundesbeitrag an die Kosten der Eltern für die familienergänzende Kinderbetreuung

Der Bund soll sich künftig dauerhaft an den Kosten der Eltern für die familienergänzende Kinderbetreuung beteiligen. Für jedes Kind soll von der Geburt bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit ein Rechtsanspruch auf einen Bundesbeitrag (Subjektfinanzierung) bestehen, sofern es in einer Kindertagesstätte, schulergänzenden Einrichtung oder Tagesfamilie institutionell betreut wird. Der Bundesbeitrag wird den Eltern unabhängig von ihrer finanziellen Situation gewährt. Er ist kein Ersatz für allfällige Subventionen der Kantone, Gemeinden und Arbeitgeber.

Der Bundesbeitrag setzt sich aus einem Sockelbeitrag und einem Zusatzbeitrag zusammen (Bonus-System). Der Sockelbeitrag entspricht 10 Prozent der durchschnittlichen Kosten eines familienergänzenden Betreuungsplatzes. Je nach Wohnsitzkanton des Kindes erhalten dessen Eltern zusätzlich zum Sockelbeitrag einen Zusatzbeitrag: Je höher in einem Kanton die Subventionen zur Senkung der Kosten der familienergänzenden Kinderbetreuung sind, desto höher ist der Bundesbeitrag (plus 5 % oder 10 %). Der Zusatzbeitrag soll einen Anreiz für die

¹ BBI 2022 2404

Kantone schaffen, ihre Subventionen zu erhöhen. Zudem soll damit verhindert werden, dass die Kantone ihre Subventionen senken.

Im Weiteren sieht der Entwurf vor, dass die Bemessung der Höhe des Bundesbeitrages «unter Berücksichtigung der besonderen lokalen Bedingungen» erfolgen soll (sog. Regionalisierung).

Die Kantone sind für die gesetzeskonforme Auszahlung der Bundesbeiträge an die Eltern verantwortlich und rechnen mit dem Bund ab. Die Kosten für den Bundesbeitrag werden auf jährlich 530 Millionen Franken veranschlagt.

Programmvereinbarungen

Das zweite vorgesehene Förderinstrument sind Programmvereinbarungen zwischen dem Bund und den Kantonen. Mit ihnen kann der Bund den Kantonen globale Finanzhilfen zur Weiterentwicklung der familienergänzenden Kinderbetreuung und für Massnahmen zur Weiterentwicklung ihrer Politik der frühen Förderung von Kindern gewähren. Für die erste vierjährige Vertragsperiode beantragt die WBK-N einen Verpflichtungskredit in der Höhe von 160 Millionen Franken. Es sind maximal drei Vertragsperioden vorgesehen.

3 Stellungnahmen

Insgesamt gingen 275 Stellungnahmen ein.

	Adressaten	Anzahl eingela-dene Teilneh-mende	Anzahl Stellungnahmen
1	Kantone (einschliesslich Konferenz der Kantons-regierungen, KdK)	27	26
2	Politische Parteien und Parteigruppierungen	11	10
3	Gesamtschweizerische Dachverbände der Ge-meinden, Städte und Berggebiete	3	3
4	Verbände der Wirtschaft	8	10
5	Zusätzliche Adressaten	19	226
	Total	68	275

Die Stellungnahmen sind auf der Internetseite [Abgeschlossene Vernehmlassungen](#)² abrufbar. Die Liste der im Bericht genannten Vernehmlassungsteilnehmenden (mit den verwendeten Abkürzungen) ist im Anhang zu finden.

Der vorliegende Bericht gibt einen Überblick über die eingereichten Stellungnahmen und enthält eine nicht wertende Zusammenfassung der Inhalte.

5 Kantone (**FR**, **GL**, **JU**, **OW** und **UR**) unterstützen die Stellungnahme der **SODK** vollumfänglich und haben keine spezifischen Anmerkungen zum Vernehmlassungsentwurf formuliert. 4 Kantone (**AI**, **AR**, **LU** und **VS**) unterstützen die Haltung der **SODK** generell, haben jedoch einige spezifische Anmerkungen formuliert. Da die **SODK** ihre Stellungnahme in Absprache

² www.bundesrecht.admin.ch > Vernehmlassungen > Abgeschlossene Vernehmlassungen > 2022 > Parl.

mit der EDK, dem **SGV** und dem **SSV** erarbeitet hat, sind die Stellungnahmen der letzten beiden Organisationen sehr ähnlich wie die der **SODK**.

Die Kategorie der «Zusätzlichen Adressaten» umfasst hauptsächlich ausserparlamentarische Kommissionen sowie Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, Behinderten-, Familien-, Frauen- und Kinderbetreuungsorganisationen, Verbände, die sich für Kinder einsetzen, sowie Gesundheitsorganisationen und Privatpersonen.

Bei diesen zusätzlichen Adressaten sind einige Stellungnahmen identisch oder sehr ähnlich. Folgende Feststellung kann getroffen werden:

- 6 Organisationen³ haben eine ähnliche oder identische Stellungnahme wie **Alliance Enfance** eingereicht.
- 30 Organisationen⁴ haben eine ähnliche oder identische Stellungnahme wie **kibesuisse** eingereicht.
- 4 Organisationen⁵ haben eine ähnliche oder identische Stellungnahme wie **KiQ** eingereicht.
- 22 Organisationen⁶ haben eine ähnliche oder identische Stellungnahme wie **alliance F** eingereicht.
- 74 Organisationen⁷ haben eine Stellungnahme eingereicht, die im Vergleich zu einem Modell, das weitgehend dem allgemeinen Teil der Stellungnahme von **Alliance Enfance** entspricht, identisch oder sehr ähnlich ist.
- 4 Organisationen⁸ haben eine ähnliche oder identische Stellungnahme wie **EKF** eingereicht.
- 5 Organisationen haben eine ähnliche oder identische Stellungnahme wie **HFE** eingereicht.⁹

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Name der einzelnen Organisationen, die eine identische oder sehr ähnlich Stellungnahme abgegeben haben, nicht wiederholt.

³ a:primo; Ausbildungsstätte kid; FKS Glarnerland; FKS Kanton Bern; Nationale Initiative Lapurla; SSLV.

⁴ ABB Hort Gipfelstürmer; ABB Kinderkrippe Chinderdschungel_Blunzchi; ABB Kinderkrippe Chinderdschungel_Huwlyler; ABB Kinderkrippe Chinderhuus; ABB Kinderkrippe Sikalino; ABB Kinderkrippe Tschitta; ABB Kinderkrippe_Villa Tortuga; Evangelischer Frauenbund Zürich eFz; KindBeWegt GmbH; Kindertagesstätte Muri bei Bern; Kindertagesstätten Murifeld; Kita Chinderkram; Kita Himugüegeli; Kita läpurzel; Kita Nepomuk; Kita Ottiolotti; Kita Sandkasten; Kita Waldmuus; Kita Wolke; Krippenverein Affoltern; PLAYground education; SEB der Primarschule Frasnacht; Soziale Dienste Mittelrheintal; Stiftung Kindertagesstätten Bern; Verein ABB Kinderkrippen; Verein Chinderhus Brienz; Verein Kindertagesstätte Spiez; Verein Kita Eichgüetli; Verein KiTa Sunnestube; Verein NOKIMUZ.

⁵ «Fugu» Kinderkrippen; groupe pop e poppa servicefamille; KIMI Krippen AG; small Foot AG.

⁶ AGILE.CH - Die Organisationen von Menschen mit Behinderungen; Berufsverband Heilpädagogische Früherziehung; BPW Switzerland; Bund Schweizerischer Jüdischer Frauenorganisationen BSJF; Expertengruppe Kinder- und Jugendmedizin; Frauenzentrale St. Gallen; Frauenzentrale Thurgau; Frauenzentrale Zürich; Gemeinde Bernex; Heilpädagogische Früherziehung Kanton Nidwalden; Heilpädagogische Früherziehung Weinland; Inclusion Handicap; Pro Familia Ostschweiz; Psychomotorik Schweiz; Schweizerischer Blindenbund; SHV; Spielgruppe Vogel näscht und Früherziehung_1; Stiftung Netz; Stiftung Netz; Zweigstelle Neuenhof; Sonnenberg Heilpädagogisches Schul- und Beratungszentrum; Stiftung Netz; Stiftung Netz Zweigstelle Lenzburg; Zweigstelle Zofingen.

⁷ Association jurassienne Familles2000; AFAE; Büro Communis GmbH; DBS Dachverband Basler Spielgruppen; Elternverein Utzenstorf Spielgruppe Spatzenäscht; Fach- und Kontaktstelle Spielgruppen Schaffhausen; Fachstelle Spielgruppen Bezirke Zürich Affoltern Horgen Dietikon; Fachstelle Spielgruppen Kanton SG Al AR_Kocherhans; Fachstelle Spielgruppen Kanton SG Al AR_Rüesch; Familienzentrum Liestal; FFAES; FKS Fach- und Kontaktstelle der SpielgruppenleiterInnen Uri; FKS Fach- und Kontaktstelle für Spielgruppen in Basel-Stadt; Furtal Treuhand AG; Gemeinde Bern – Gesundheitsdienst; Gemeinde Fehraltorf; Gemeinde Rapperswil-Jona; Gemeinde Schaffhausen - Fachstelle Frühe Förderung; FKV; Gemeindeverband Sozialbereiche, Bezirk Rheinfelden; Gemeindeverband Sozialbereiche, Bezirk Rheinfelden, Mütter- und Väterberatung; Genossenschaft Feuervogel-Naturpädagogik; IG Kita Stadt Luzern; KiBiZ Kinderbetreuung Zug; Kinderhort Rapperswil Jona; Kinderhort und Spielgruppen Spatzuhüs; Kita Quantopia; Mbv Aargau; Naturspielgruppe MOMOS Farm; Natuur-puur Bauernhofspielgruppe für kleine Leute; Regionales Beratungszentrum Rapperswil-Jona; Schulbehörde Gemeinde Thayngen; Schweizerische UNESCO-Kommission; Spielgruppe Bärlü in Lupfig; Spielgruppe Buchthalen; Spielgruppe Bürzelbaum; Spielgruppe Chalet Bernau; Spielgruppe Fifizaf in Liestal; Spielgruppe Finkenweg; Spielgruppe Glühwürmli; Spielgruppe Hurrlibus; Spielgruppe Kinderlaube; Spielgruppe kleiner Löwe; Spielgruppe Kinderland Burgdorf; Spielgruppe Kunterbunt und Spielgruppenverein 44; Spielgruppe Kunterbunte; Spielgruppe plus Wallisellen; Spielgruppe Rägeboge & Chinderhüeti Sunnestübli; Spielgruppe Rütihof; Spielgruppe Seestern; Spielgruppe Simba; Spielgruppe Spatzenäscht Bauernhofspielgruppe Weidli; Spielgruppe Strubälmutz Hallau; Spielgruppe Tatzelwurm; Spielgruppe Vogel näscht_2; Spielgruppe Wundertüte; Spielgruppe Zauberstrahl; Spielgruppe Zwärgestübli Worb; Spielgruppen Fachstelle Züri Oberland; Spielgruppe Seifblootere; Spielgruppe Sempach; Spielgruppen Fachstelle Winterthur und Umgebung; Spielgruppenverein Lollipop; SpiKi Spielgruppe Boppartshof; Verein AURORA Kontaktstelle für Verwitwete mit minderjährigen Kindern; Verein Findefuchs; Verein Pimpinella Waldspielgruppe; Verein Spielgruppe Dussnang; Waldbären – Bärenstark im Wald; Waldspielgruppe Huettlizweg; Waldspielgruppe Künsnacht; Zepelin.

⁸ Dachverband Bildung und Betreuung; dtma; EFS; SKF.

⁹ HPF; SEI; Stiftung papilio; Stiftung RgZ; ZKSK.

4 Stellungnahmen zur Vorlage als Ganzes

Die überwiegende Mehrheit der Kantone, nämlich 23 (AG, AI, AR, BL, BS, FR, GE, GL, JU, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, TG, TI, UR, VD, VS und ZH) unterstützt die Vorlage insgesamt. Nur 3 Kantone (BE, GR und ZG) lehnen die Vorlage ab. Von den 10 Parteien, die geantwortet haben, sprechen sich 8 Parteien (Die Junge Mitte Schweiz, Die Mitte, Die Mitte Frauen, EVP, FDP-Frauen, GLP, GPS und SP) für die Vorlage aus, 2 Parteien (FDP, SVP) lehnen diese ab. Bei den Verbänden der Wirtschaft, die Stellung genommen haben, heissen die Vorlage acht Verbände (BPW Switzerland, cp, EIT.swiss, GastroSuisse, SAV, SBLV, SGB und Travail.Suisse) gut, ein Verband (economiesuisse) hat erhebliche Vorbehalte und ein Verband (SGV) lehnt die Vorlage ab. Eine sehr grosse Mehrheit der interessierten Organisationen unterstützt die Vorlage.

Kantone, SODK und Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete

Die Mehrheit der Kantone (**AG, AI, AR, BL, BS, FR, GE, GL, JU, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, TG, TI, UR, VD, VS** und **ZH**) sowie die **SAB**, der **SGV**, die **SODK**, und der **SSV** begrüßen den Entwurf und befürworten dessen Ziele und Geltungsbereich. Sie befürworten das Engagement des Bundes und die Absicht, das Impulsprogramm durch ein Bundesgesetz abzulösen. 12 Kantone (**AR, BS, FR, GE, JU, NE, NW, OW, SH, SO, UR** und **ZH**) sprechen sich ausdrücklich für die weitere Unterstützung des Bundes als Ersatz des aktuellen Impulsprogramms aus. Die meisten Kantone sind der Ansicht, dass die Vorlage der Kompetenzverteilung Rechnung trägt, da der Bund eine gemeinsame Verantwortung für den vom Entwurf erfassten Bereich trägt. Ferner werde auch die Organisationfreiheit der Kantone, Städte und Gemeinden respektiert. Darüber hinaus sei das Subsidiaritätsprinzip ebenfalls gewahrt. **TG** verlangt jedoch eine Überprüfung der verfassungsrechtlichen Grundlage der Vorlage. Zahlreiche Kantone (**AG, AI, JU, FR, GE, GL, LU, NE, NW, OW, SG, SO, SZ, TG, TI, UR, VD, VS** und **ZH**) sowie die **SAB**, der **SGV**, die **SODK** und der **SSV** sind sich einig, dass eine komplexe Umsetzung vermieden werden muss. Für sie ist darauf zu achten, dass in der Verordnung realistische Lösungen gefunden werden, um einen hohen administrativen Aufwand zu vermeiden. Dazu bedürfe es namentlich einer engen Zusammenarbeit mit den Kantonen, Städten und Gemeinden sowie den zuständigen Stellen. **AI** und **TG** betonen, dass sich neben dem Bund auch die Wirtschaft engagieren sollte. **NW, OW** und **TI** bedauern, dass die Qualitätsentwicklung im Entwurf nicht genügend berücksichtigt wird.

3 Kantone (**BE, GR** und **ZG**) lehnen den Entwurf ab. Zwei von ihnen (**BE** und **GR**) haben Eventualanträge unterbreitet, falls der Entwurf dennoch weiterverfolgt werden sollte. Nach Ansicht der drei Kantone, die die Vorlage ablehnen, wird die Kompetenzverteilung nicht eingehalten, insbesondere die Artikel 67 Absatz 2 und Artikel 116 Absatz 1 BV. Der Bund habe nur eine Unterstützungskompetenz und gehe mit der Vorlage über die von der BV vorgesehene Zuständigkeit hinaus. **BE** und **GR** wären jedoch unter Vorbehalten bereit, dem Teil über die Programmvereinbarungen zuzustimmen. Der erste Eventualantrag von **GR** betrifft die Ausrichtung des Bundesbeitrags in Form einer Pauschale an die Kantone statt an die Eltern. Die Bedenken von **BE** beziehen sich hauptsächlich auf die an die Eltern ausgerichteten Beiträge. **BE** fordert die Prüfung eines Modells, bei dem die Beiträge an die Kantone ausgerichtet werden.

Politische Parteien

8 Parteien (**Die Junge Mitte Schweiz, Die Mitte, Die Mitte Frauen, EVP, FDP-Frauen, GLP, GPS** und **SP**) begrüßen die Vorlage, 2 Parteien (**FDP** und **SVP**) lehnen diese ab.

Die befürwortenden Parteien betonen, dass die Vorlage einen Beitrag für die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit oder Ausbildung leiste, die Erwerbstätigkeit – insbesondere der Frauen – erhöhe, dem Fachkräftemangel entgegenwirke, die Gleichstellung der Geschlechter vorantreibe und die Chancengerechtigkeit von Kindern verbessere. Nach Ansicht der **GLP** dient die Vorlage zudem der Förderung der Standortattraktivität. Sie verweist auf den Vorschlag des Bundesrates zur Umsetzung der OECD-Mindeststeuer, wonach 25 Prozent der Einnahmen aus der Ergänzungssteuer dem Bund zukommen und zweckgebunden für die Förderung der Attraktivität des Standorts Schweiz eingesetzt werden sollen. Die **GLP** erachtet die Vorlage als wesentliches Element der Standortförderung, welche in den Genuss dieser Zweckbindung kommen sollte. **Die Mitte Frauen** erachten den Einbezug der Wirtschaft in die Finanzierung der Betreuungskosten ebenfalls als erstrebenswert.

5 Parteien (**Die Mitte**, **EVP**, **FDP-Frauen**, **GPS** und **SP**), die die Vorlage befürworten, begrüßen, dass das laufende Impulsprogramm für die familienergänzende Kinderbetreuung in eine dauerhafte Lösung überführt werden soll.

3 Parteien (**Die Junge Mitte Schweiz**, **Die Mitte** und **GLP**) begrüßen, dass die Vorlage die Kompetenzverteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden oder die Organisationsfreiheit von Kantonen, Städten und Gemeinden gewährleistet. **Die Mitte** weist zudem darauf hin, dass eine generell pragmatische und unbürokratische Umsetzung der Gesetzesvorlage auf Verordnungsstufe zentral sei, um den administrativen Aufwand der Kantone, Städte und Gemeinden verhältnismässig zu halten.

4 Parteien (**Die Junge Mitte Schweiz**, **Die Mitte Frauen**, **EVP** und **SP**), die die Vorlage befürworten, sind der Ansicht, dass der Qualitätsentwicklung und der Qualitätssicherung in der Vorlage zu wenig Gewicht beigemessen wird. Nach Ansicht der **EVP** spricht die Vorlage vor allem die quantitative Seite an, ohne das Angebot in qualitativer Hinsicht zu stärken. Eine intensive Angebotsnutzung könne auch negative Auswirkungen auf die kindliche Entwicklung haben, wenn die Qualität eines Angebotes nicht stimme. Die Qualitätssicherung sei deshalb zentral für die Erreichung der mit der Politik der frühen Förderung von Kindern angestrebten Ziele. Nur die finanzielle Unterstützung von ausserfamiliären Betreuungsinstitutionen ohne Berücksichtigung der Qualität erachtet **Die Junge Mitte Schweiz** als zu einseitig und nicht zielführend. Die Bestrebungen zur Stärkung der Qualität finden nach Ansicht der **Jungen Mitte Schweiz** zu wenig Eingang in die Vorlage. **Die Mitte Frauen** fordern einen zusätzlichen Gesetzesartikel, in dem festgehalten wird, dass sich der Bund für die Qualitätsentwicklung einsetzt und entsprechende Massnahmen in Absprache und Koordination mit den Kantonen trifft. Nach Auffassung der **SP** gilt es neben der finanziellen Entlastung der Eltern in gleichem Umfang auch in die pädagogische Qualität zu investieren. Je höher die pädagogische Qualität, desto grösser sei der Nutzen von familien- und schulergänzender Bildung, Betreuung und Erziehung. Hinzu komme, dass eine Qualitätssteigerung auch eine positive Wirkung auf den Fachkräftemangel in der Branche der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung haben könne.

Die **EVP** regt dazu an, die Einführung einer regelmässigen Bestandesaufnahme der Politik der frühen Förderung von Kindern in den Kantonen sowie eine Verbesserung der Zusammenarbeit und der Koordination auf Bundesebene anzustreben.

Für die **FDP** ist die Schaffung und Weiterentwicklung von guten Rahmenbedingungen in der familienergänzenden Kinderbetreuung in erster Linie eine kantonale Aufgabe. Die Kantone könnten schneller und effektiver auf regionale und lokale Bedürfnisse eingehen. Sie seien

in der Pflicht, ihre Leistungen selbst zu finanzieren. Die **FDP** lehnt die Vorlage aus diesem Grund ab. Nach Auffassung der **SVP** überschreitet die Vorlage die verfassungsmässigen Kompetenzen des Bundes eindeutig. Sie teilt die Auffassung der WBK-N nicht, wonach die Bundesverfassung dem Bund eine Unterstützungskompetenz im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung verleiht. Die **SVP** vertritt zudem die Meinung, dass die Vorlage die Wahlfreiheit der Eltern, ihre Kinder selber zu betreuen, einschränke. Im Weiteren sei der administrative Aufwand unverhältnismässig und die Vorlage in sich nicht kohärent. Die **SVP** lehnt die Vorlage daher als Ganze ab.

Verbände der Wirtschaft

8 Verbände der Wirtschaft (**BPW Switzerland**, **cp**, **EIT.swiss**, **GastroSuisse**, **SAV**, **SBLV**, **SGB** und **Travail.Suisse**) befürworten die Initiative. **Economiesuisse** hat erhebliche Vorbehalte gegenüber der Vorlage. Der **SGV** lehnt die Vorlage als Ganze ab.

Für den **SAV** leistet die Vorlage einen zentralen Beitrag zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit sowie zur frühen Förderung von Kindern mit Massnahmen im Vorschul- und Schulbereich. Der **SGB** begrüsst die Vorlage aufgrund der finanziellen Entlastung der Eltern sowie der besseren Berücksichtigung der Elternbedürfnisse, der Qualität und der kantonalen Politik der frühen Förderung der Kinder mittels Programmvereinbarungen. **Travail.Suisse** wertet ein zeitlich unbefristetes Engagement des Bundes im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung unter Berücksichtigung der aktuellen Gegebenheiten als notwendig. Nach der Auffassung von **BPW Switzerland** können mit der Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung verschiedene Ziele erreicht werden, insbesondere die Möglichkeit einer zusätzlichen Erwerbstätigkeit der Eltern, die Verbesserung des Bildungsniveaus der Kinder, die Verhinderung der Reduktion des Fachkräftemangels, das Verbleiben beider Elternteile nach der Familiengründung im Erwerbsleben, ohne untragbare familiäre und finanzielle Konsequenzen fürchten zu müssen. **GastroSuisse** unterstützt die Vorlage. Es ist ihm insbesondere ein Anliegen, das Potenzial an einheimischen Arbeitskräften zu nutzen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch stärker zu fördern als bisher. Der **SBLV** begrüsst die vorgesehene Stärkung des Bundesengagements in der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung. Das vorgesehene Bundesgesetz führe zu mehr Chancengleichheit und zu einer Entlastung der Eltern.

cp befürwortet die Vorlage grundsätzlich, äussert sich jedoch kritisch hinsichtlich des Mechanismus der Ausrichtung des Bundesbeitrages, der Einhaltung der kantonalen Autonomie sowie der Geltungsdauer bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit. Nach Ansicht von **EIT.swiss** hat sich die Initiative auf die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit zu beschränken und das Subsidiaritätsprinzip zu wahren. Dabei müssten die Kompetenz der Kantone gewahrt und Doppelspurigkeiten vermieden werden. Bedenken bestehen seitens **EIT.swiss** hinsichtlich des Zwecks der Verbesserung der Qualität des Betreuungsangebots.

Economiesuisse unterstützt die Vorlage, bringt jedoch vor, dass die Kosten der Massnahmen in einem angemessenen Verhältnis zu den erwarteten Auswirkungen auf die Erwerbstätigkeit und den Fachkräftemangel stehen müssten. Zum jetzigen Zeitpunkt sei nicht klar, wie sich die Massnahmen auf die Aktivierung des inländischen Fach- und Arbeitskräftepotentials auswirken und wie die Massnahmen (gegen)finanziert würden. Zudem stellt **economiesuisse** die Zentralisierung und Aufgabenverflechtung infrage.

Der **SGV** lehnt die Vorlage ab. Er begründet die Ablehnung damit, dass die Zuständigkeit für die Familienpolitik bei den Kantonen und Gemeinden und nicht beim Bund liege, welcher sich aufgrund der aktuellen finanziellen Situation nicht dauerhaft neuer Aufgaben annehmen soll, für welche er gemäss Bundesverfassung nicht zuständig sei.

Weitere Organisationen und interessierte Kreise

Die **EKF**, die **EKFF** und die **EKKJ** erinnern daran, dass in dem vom Gesetz erfassten Bereich Handlungsbedarf bestehe, unterstützen beide Teile der Vorlage und begrüßen das verstärkte Engagement des Bundes. Des Weiteren befürworten die drei Kommissionen die Absicht, das Engagement des Bundes dauerhaft zu sichern.

Praktisch alle anderen interessierten Organisationen (**196**) unterstützen die Vorlage und heben den Handlungsbedarf in diesem Bereich hervor. Eine grosse Mehrheit begrüsst das Engagement des Bundes und dessen Absicht, für die familien- und schulergänzende Kinderbetreuung sowie die Politik der frühen Förderung von Kindern eine dauerhafte, in einem Bundesgesetz verankerte Lösung zu finden. Zahlreiche Organisationen betonen jedoch, dass das Ziel der Qualitätsverbesserung im Entwurf nur ungenügend berücksichtigt werde (**Alliance Enfance, Organisationen, die eine sehr ähnliche Stellungnahme wie der allgemeine Teil der Stellungnahme von Alliance Enfance eingereicht haben, ARTISET, HFE, kibesuisse, Kinderkrippenverein Dietikon, Kinderschutz Schweiz, KiQ, LCH und SER, MMI, PHSG, PHTG, READY!, SAVOIRSOCIAL und SRK**). Nur 2 Organisationen (**freikirchen.ch** und **Pro Single Schweiz**) lehnen den Entwurf ab. Laut **Pro Single Schweiz** wird die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen nicht beachtet, und für **freikirchen.ch** liegt die Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung nicht in der Zuständigkeit eines liberalen Staates. Es sei allein Sache der Eltern, zu entscheiden, ob und in welchem Mass sie eine familienergänzende Betreuung in Anspruch nehmen wollen.

5 Stellungnahmen zu einzelnen Punkten

5.1 Ziele des Gesetzes

Viele Vernehmlassungsteilnehmende äusserten sich zum Ziel, die Chancengleichheit für Kinder im Vorschulalter zu verbessern. Sie plädieren vor allem dafür, dass der Verweis auf das Vorschulalter gestrichen wird, da die Chancengleichheit für alle Kinder verbessert werden soll, nicht nur für Kinder im Vorschulalter. Die Mehrheit der Teilnehmenden betont ausserdem, wie wichtig es sei, die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit zu verbessern.

Kantone, SODK und Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete

Bei den in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe b genannten Zielen des Gesetzes, «die Chancengerechtigkeit für Kinder im Vorschulalter verbessern», betonen 22 Kantone (**AI, AG, AR, BE** [Eventualantrag], **BL, BS, FR, GE, GL, GR** [2. Eventualantrag], **JU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, TI, UR, VD, VS** und **ZH**) sowie der **SGV**, die **SODK** und der **SSV**, der Beitrag zur Verbesserung der Chancengerechtigkeit bei der Inanspruchnahme einer institutionellen Betreuung der Kinder dürfe sich nicht auf den Vorschulbereich beschränken, sondern müsse auch den Schulbereich erfassen. Die Inanspruchnahme einer institutionellen Kinderbetreuung verbessere nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit, sondern auch die Chancengerechtigkeit, und zwar für Kinder im Vorschulalter ebenso wie für schulpflichtige Kinder.

Politische Parteien

Die **GPS** und die **SP** begrüßen den Zweck der Vorlage und lehnen Einschränkungen explizit ab.

3 Parteien (**EVP**, **GPS** und **SP**) sprechen sich dafür aus, dass die Chancengerechtigkeit für alle Kinder, d. h. nicht nur für Kinder im Vorschulalter, verbessert wird.

Die Junge Mitte Schweiz und die **EVP** sprechen sich für eine Ergänzung des Zweckartikels aus. Die Gewährung von finanziellen Beiträgen für die Schliessung von Angebotslücken in der familienergänzenden Kinderbetreuung solle nach dem Kriterium des regionalen Bedarfs erfolgen. Nach Ansicht der **Jungen Mitte Schweiz** ist die finanzielle Unterstützung von familienergänzenden Betreuungsangeboten dann am effizientesten und wirksamsten, wenn sie dort eingesetzt wird, wo der regionale Bedarf am grössten ist.

Die Junge Mitte Schweiz, die **EVP** und die **GLP** unterstreichen die Bedeutung der Verbesserung der Qualität des Angebots der familienergänzenden Kinderbetreuung. Die **GLP** betont, dass die Sicherstellung bzw. Verbesserung der Qualität der familienergänzenden Kinderbetreuung einerseits aus Sicht der Eltern von Relevanz sei, da nur qualitativ hochstehende Kinderbetreuungsangebote auch genutzt würden und damit die positiven Effekte dieses Angebots, wie eine höhere Erwerbstätigkeit von Frauen, zur Folge hätten. Andererseits sei es für die Kinderbetreuungsinstitutionen wichtig, eine hohe Qualität anbieten zu können, da damit die Fachkräfte im Betrieb behalten werden könnten. **Die Junge Mitte Schweiz** erachtet ein Qualitätslabel, das im Rahmen einer interkantonalen Vereinbarung für alle Betriebe anzuwenden wäre, als Grundvoraussetzung für eine finanzielle Unterstützung.

Die **SVP** (Eventualantrag) lehnt die Unterstützung der Kantone bei der Weiterentwicklung ihrer Politik der frühen Förderung von Kindern ab.

Verbände der Wirtschaft

Economiesuisse unterstützt grundsätzlich die Mitfinanzierung des familienergänzenden Kinderbetreuungsangebots durch Bundesbeiträge, hält aber fest, dass die Kosten im Verhältnis zum tatsächlich aktivierbaren Arbeits- und Fachkräftepotenzial stehen müssten. **BPW Switzerland** sieht in der Gewährung zusätzlicher finanzieller Mittel für die familienergänzende Kinderbetreuung einen wichtigen Beitrag zur Gleichstellung von Frauen im Beruf und somit eine Möglichkeit, dass beide Elternteile nach der Familiengründung im Erwerbsleben bleiben können, ohne untragbare familiäre und finanzielle Konsequenzen fürchten zu müssen. **EIT.swiss** befürchtet, dass die Verbesserung der Qualität des Betreuungsangebots nicht erreicht werden könne, weil die Überprüfung der Qualität in der Zuständigkeit der Kantone liege. Strenge Qualitätsanforderungen könnten kontraproduktiv wirken und das Angebot einschränken statt ausbauen. Für **GastroSuisse** und den **SBLV** ist ein breiteres Angebot der familienergänzenden Kinderbetreuung unerlässlich, um hauptsächlich Müttern die Möglichkeit zu geben, ihr Arbeitspensum zu erhöhen, geschlechtsspezifische Einkommenslücken zu verkleinern und die Gleichstellung von Männern und Frauen vorwärtszubringen. In diesem Zusammenhang seien der Ausbau von familien- und schulergänzenden Kinderbetreuungsangeboten, eine bessere Finanzierung durch die öffentliche Hand sowie Massnahmen zur Verbesserung der Qualität unabdingbar. **GastroSuisse**, der **SAV**, der **SBLV**, der **SGB** und **Travail.Suisse** halten zusätzlich fest, dass die Chancengleichheit für familienergänzende Kinderbetreuung nicht nur für Kinder

im Vorschulalter, sondern für alle Kinder verbessert werden müsse. Es brauche auch ein besseres Angebot für schulpflichtige Kinder.

Gemäss der Auffassung von **BPW Switzerland**, dem **SBLV**, dem **SGB** und **Travail.Suisse** müsse der Qualität der Betreuungsangebote besondere Beachtung geschenkt werden. Nur so könne das Ziel der Verbesserung der familienergänzenden Betreuungsangebote erreicht werden.

Für **EIT.swiss** geniesst die Politik der frühen Förderung keine Priorität; auf eine entsprechende Regelung könne verzichtet und die entsprechenden Kosten könnten eingespart werden.

Weitere Organisationen und interessierte Kreise

Die **EKF**, die **EKFF** und die **EKKJ** möchten den Verweis auf das Vorschulalter streichen. Gemäss der **EKKJ** sollte ausserdem klargestellt werden, dass es um die Verbesserung der Chancengerechtigkeit für «alle» Kinder geht.

LCH und **SER** haben zwar keine Einwände gegen die Beibehaltung des Verweises auf die «Kinder im Vorschulalter», aber zahlreiche interessierte Organisationen (**Alliance Enfance**, **ARTISET**, **Dachverband Bildung und Betreuung**, **iks**, **EFS**, **Gesundheitsförderung Schweiz**, **Helvetiarockt**, **kibesuisse**, **KiQ**, **Kinderschutz Schweiz**, **Pro Enfance**, **Pro Familia Schweiz**, **SKF**, **SKG**, **SSLV** und **SVAMV**) möchten ihn streichen. Die **K&F Fachstelle Kinder und Familien** beantragt, den Wortlaut «für Kinder im Vorschulalter» durch «bis Ende Primarschule» zu ersetzen.

5.2 Geltungsbereich

Die Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden, die sich zum Geltungsbereich des Gesetzes geäussert haben, ist der Ansicht, dass dieser nicht wie von der Minderheit vorgeschlagen auf Kinder im Vorschulalter beschränkt werden soll. Denn der Bedarf an familienergänzender Kinderbetreuung – insbesondere zwecks Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit – entfalle mit dem Beginn der obligatorischen Schulzeit nicht. Viele schlagen jedoch vor, den Geltungsbereich auf Kinder bis 12 Jahre zu beschränken, sei es im Hinblick auf eine Harmonisierung mit der PAVO oder um die Ausgaben zu begrenzen.

Kantone, SODK und Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete

Beim Geltungsbereich sprechen sich die meisten Kantone sowie die **SODK** dafür aus, sich nicht auf die Kinder im Vorschulalter zu beschränken. Etliche Befragte schlagen jedoch vor, den Geltungsbereich im Vergleich zum Entwurf einzuschränken und somit keine Unterstützung bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit vorzusehen. 10 Kantone (**AI**, **FR**, **GL**, **GR** [2. Eventualantrag] **JU**, **NE**, **NW**, **OW**, **UR** und **ZH**) sowie der **SGV**, die **SODK** und der **SSV** räumen ein, dass die institutionelle Betreuung ab der Sekundarstufe I weniger entscheidend ist, und schlagen vor, analog zur Verordnung über die Aufnahme von Pflegekindern (PAVO) eine Unterstützung bis zum zwölften Altersjahr des Kindes vorzusehen. 2 Kantone (**VD** und **VS**) verlangen eine Begrenzung auf das 8. HarmoS-Schuljahr, d. h. ebenfalls 12 Jahre. 3 Kantone (**AG**, **AR** und **GE**) sprechen sich für eine Dauer bis zum Ende der Primarschule aus. **BL** wünscht eine Unterscheidung zwischen der Primar- und Sekundarstufe, falls eine Kostenreduktion erforderlich sein sollte. **BE** (Eventualantrag) schlägt den Wortlaut «bis zum Ende der obligatorischen

Schulzeit» vor. 3 Kantone (**BS**, **SH** und **SO**) befürworten die im Entwurf enthaltene Dauer ohne Einschränkung.

Politische Parteien

5 Parteien (**Die Junge Mitte Schweiz**, **EVP**, **GLP**, **GPS** und **SP**) begrüßen, dass das Gesetz Anwendung auf die institutionelle familienergänzende Kinderbetreuung ab der Geburt bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit finden soll. Sie weisen darauf hin, dass die Vereinbarkeitsprobleme von erwerbstätigen Eltern nach dem Beginn der obligatorischen Schulzeit fortbestehen würden. **Die Mitte** spricht sich für die Einschränkung der Geltungsdauer ab der Geburt bis zum Ende der Primarstufe aus. Sie begründet diese Einschränkung damit, dass der Betreuungsbedarf in der Regel mit zunehmendem Alter der Kinder abnehme. Ausgenommen hiervon seien Kinder mit besonderen Bedürfnissen. Um die Kosten der Vorlage zu senken und die Vorgaben der Schuldenbremse einzuhalten, stellt die Eingrenzung der Geltungsdauer ab der Geburt bis zum Beginn der obligatorischen Schulzeit für die Mitte eine nochmals zu prüfende Alternative dar. Die **SVP** (Eventualantrag) unterstützt eine Eingrenzung der Geltungsdauer ab der Geburt bis zum Beginn der obligatorischen Schulzeit.

Die **GLP** ist der Auffassung, dass die regelmässige Betreuung durch eine Nanny ebenfalls unter den Geltungsbereich des Gesetzes fallen sollte. Eltern mit unregelmässigen Arbeitszeiten seien auf eine Betreuung ausserhalb der üblichen Arbeitszeiten, am Abend oder Wochenende, angewiesen. Sie würden aus dem Geltungsbereich des Gesetzes ausgeschlossen, obwohl ihnen gar keine alternative Art der institutionellen Betreuung offenstehe. Nach Auffassung der **SP** sollte der Begriff «Tagesfamilienvereine» durch «Tagesfamilienorganisationen» ersetzt werden. Den **FDP-Frauen** ist es ein grosses Anliegen, dass die Eltern die Art der institutionellen Betreuung frei wählen können. Dieser Grundsatz müsse sich auch in der Festsetzung der Bundesbeiträge spiegeln.

Die **EVP** fordert eine neue Bestimmung, wonach die Kantone fünf Jahre nach Inkrafttreten für eine weitere Ausrichtung der Beiträge den Nachweis vorzulegen haben, dass alle Kinder derselben Wohngemeinde dieselben Zugangschancen in der familienergänzenden Kinderbetreuung haben. Damit soll sichergestellt werden, dass alle Kinder am gleichen Wohnort und bei gleichen wirtschaftlichen Verhältnissen der Eltern die gleichen Chancen auf einen Betreuungsplatz zum gleichen Tarif erhalten.

Verbände der Wirtschaft

5 Verbände (**BPW Switzerland**, **GastroSuisse**, **SAV**, **SBLV** und **SGB**) befürworten den in der Vorlage vorgeschlagenen Geltungsbereich ab der Geburt des Kindes bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit. Der **SAV** sieht im Schulbereich allerdings Potenzial für Kürzungen, indem allenfalls auf den Sockelbeitrag im Schulbereich verzichtet oder die Kantone über das HarmoS-Konkordat stärker in die Pflicht genommen werden könnten.

Travail.Suisse und **cp** sprechen sich für einen Geltungsbereich von der Geburt bis mindestens zum Ende der Primarschule (12 Jahre) aus.

Economiesuisse würde den Geltungsbereich für die institutionelle familienergänzende Kinderbetreuung auf Kinder im Alter von 0-6 Jahren beschränken.

EIT.swiss weist darauf hin, dass das Augenmerk auf die familienergänzende Kinderbetreuung im Vorschulalter gelegt werden soll. Für schulpflichtige Kinder sei durch das HarmoS-Konkordat bereits ein Angebot geschaffen worden. **EIT.swiss** spricht sich deshalb für eine Einschränkung auf Kinder im Vorschulalter aus.

BPW Switzerland fordert zusätzlich eine neue Bestimmung, wonach die Kantone fünf Jahre nach Inkrafttreten für eine weitere Ausrichtung der Beiträge den Nachweis vorzulegen haben, dass alle Kinder derselben Wohngemeinde dieselben Zugangschancen in der familienergänzenden Kinderbetreuung haben. Damit soll sichergestellt werden, dass alle Kinder am gleichen Wohnort und bei gleichen wirtschaftlichen Verhältnissen der Eltern die gleichen Chancen auf einen Betreuungsplatz zum gleichen Tarif erhalten.

EIT.swiss und **Travail.Suisse** bringen zusätzlich vor, dass der Begriff der familienergänzenden Kinderbetreuung auf nicht in Vereinen organisierte Tagesfamilien auszudehnen sei. Nach Auffassung von **EIT.swiss** soll auch die Betreuung durch Nannys unter die institutionelle Betreuung fallen.

Weitere Organisationen und interessierte Kreise

Für die **EKFF** ist die institutionelle Betreuung unbedingt für alle Kinder bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit sicherzustellen und darf nicht auf den Vorschulbereich beschränkt werden. Unter Verweis auf die in der PAVO festgelegte Altersgrenze schlägt sie vor, im Fall einer Subventionskürzung die Beiträge nur für Kinder bis zu 12 Jahren auszurichten. Die **EKF** und die **EKKJ** haben sich nicht zu diesem Punkt geäußert.

KIQ beantragt mit Verweis auf die PAVO eine Begrenzung auf Kinder bis zu 12 Jahren. Eine Altersgrenze bei 15 Jahren würde die Wirksamkeit der finanziellen Massnahmen verringern, und die Betreuung sei gerade bis zum Alter von 12 Jahren wichtig.

5.3 Bundesbeitrag an die Kosten der Eltern für die familienergänzende Kinderbetreuung

5.3.1 Allgemeines

Die meisten Vernehmlassungsteilnehmenden befürworten einen Bundesbeitrag an die Eltern. Einige sind jedoch der Meinung, dass dieser Beitrag über die Kantone und nicht direkt an die Eltern ausbezahlt werden soll. Zur Begründung führen sie die Vermeidung komplexer Verfahren und die Nutzung bestehender Systeme sowie die Möglichkeit, Qualitätsstandards festzulegen, an.

Kantone, SODK und Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete

22 Kantone sprechen sich für einen Bundesbeitrag an die Eltern aus. 17 von ihnen (**AI, AR, BL, BS, FR, GE, GL, GR** [2. Eventualantrag], **JU, NE, NW, OW, TI, UR, VD, VS** und **ZH**) sowie der **SGV**, die **SODK** und der **SSV** lehnen eine Subjektfinanzierung nicht ausdrücklich ab. Für sie stellt ein Bundesbeitrag in Form einer Rückerstattung im Rahmen der Rechnungsstellung durch die Betreuungseinrichtungen sowie der Abrechnung der Betreuungseinrichtungen mit den zuständigen Organen das effizienteste Vorgehen dar. Folglich beantragen sie, den Artikel 11 Absatz 4 in diesem Sinn zu ändern. Eine direkte Auszahlung an die Anspruchsberechtigten durch die zuständige Stelle als von der Rechnungsstellung losgelösten Schritt halten sie

für komplizierter, ausser dies entspräche bereits der heutigen Praxis. Für sie muss die Gewährung des Bundesbeitrags an die in den Kantonen und Gemeinden bereits existierenden Finanzierungsmodelle angepasst sein. Die Anzahl der beteiligten Stufen/Ämter sollte nicht höher sein als notwendig (so wenige Schnittstellen wie möglich), und die Finanzflüsse zwischen den Stufen/Ämtern sollten so gering wie möglich sein. Die Kantone müssten unbedingt selber über das Verfahren und die für die Gewährung des Bundesbeitrags zuständige Stelle entscheiden können.

2 Kantone (**BE** [Eventualantrag] und **LU**) lehnen eine Subjektfinanzierung ab. **LU** befürchtet, dass die Subjektfinanzierung und die Finanzierungsmodalitäten einen hohen Aufwand verursachen könnten. Eine Abschätzung des Aufwands wäre notwendig, damit die Auswirkungen auf Kantone und Gemeinden realistisch beurteilt werden könnten und eine Transparenz zu Aufwand und Wirkung vorliege. **LU** befürwortet ein einfacheres Modell bzw. eine schlankere Lösung zur Beteiligung des Bundes an der familienergänzenden Kinderbetreuung. **BE** (Eventualantrag) wünscht die Prüfung der Möglichkeit eines Modells mit Beiträgen an die Kantone zwecks finanzieller Entlastung der Eltern anstelle der in der Vorlage vorgesehenen Subjektfinanzierung. **GR** (1. Eventualantrag) fordert, dass anstelle eines Bundesbeitrags an die Eltern Pauschalbeiträge an die Kantone ausgerichtet werden.

Politische Parteien

Die Mitte Frauen und die **FDP-Frauen** begrüßen es ausdrücklich, dass sich der Bund gemäss Vorlage in Form einer Subjektfinanzierung an den Kosten der Eltern für die familienergänzende Kinderbetreuung beteiligt. Die **FDP**, die die Vorlage ablehnt, erachtet das Prinzip der Subjektfinanzierung ebenfalls als unterstützungswürdig. Damit wird nach Ansicht der **FDP-Frauen** zum einen die Wahlfreiheit der Eltern hochgehalten und zum anderen entwickelt sich das Angebot entsprechend den Bedürfnissen der Eltern. Die pauschale Subjektfinanzierung kommt nach Ansicht der **GLP** insbesondere auch Familien des Mittelstands zugute. Für diese Familien würden die hohen Fixkosten für die familienergänzende Kinderbetreuung derzeit besonders schwer wiegen. Die **SP** (Eventualantrag) und die **SVP** (Eventualantrag) sprechen sich gegen die in der Vorlage vorgesehene Subjektfinanzierung aus. Die **SP** spricht sich für eine Auszahlung des Bundesbeitrages an die Kantone mit Kriterien bezüglich Tarifstrukturvorgaben, Qualität, Arbeitsbedingungen und Zugangschancen für Kinder mit besonderen Bedürfnissen aus. Die Kriterien seien sozialpartnerschaftlich auszuhandeln. Die **SVP** ist der Auffassung, dass der Sockelbeitrag den Kantonen entsprechend ihrer Bevölkerungsanteile ausbezahlt werden soll, damit die Kantone die vollständige Kontrolle über ihre Entscheidungen behalten.

Die Junge Mitte Schweiz spricht sich für die Verankerung eines neuen Grundsatzes aus, wonach die Gewährung des Bundesbeitrags die Erfüllung bestimmter Qualitätskriterien bedingt. Die Kriterien könnten im Rahmen einer interkantonalen Vereinbarung ausgearbeitet werden. Deren Einhaltung würden die Kantone im Rahmen ihrer Aufsichtsfunktion überprüfen.

Verbände der Wirtschaft

Der **SGB** als auch der **SBLV** kritisieren, dass die Bundesbeiträge direkt – als Subjektfinanzierung – an die Familien und nicht an die Kantone ausgerichtet würden. Damit würde auf Steuerungsmöglichkeiten bezüglich Tarifstruktur, Qualität, Arbeitsbedingungen und Chancengleichheit verzichtet.

Economiesuisse hält fest, dass sichergestellt werden müsse, dass die Bundesbeträge einkommensunabhängig, d. h. unabhängig von der Höhe des von den Eltern erzielten Erwerbseinkommens, ausgerichtet werden müssten. **Travail.Suisse** möchte zusätzlich einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für jedes Kind gesetzlich vorsehen.

Weitere Organisationen und interessierte Kreise

Die **EKF** spricht sich gegen eine Subjektfinanzierung aus. Der Bund solle seinen Beitrag zur Senkung der Drittbetreuungskosten der Eltern nicht wie bei der Subjektfinanzierung direkt an die Familien, sondern weiterhin an die Kantone auszahlen. Sie empfiehlt zu diesem Zweck eine stetige Sockelfinanzierung, deren Auszahlung an die Kantone mit Steuerungsvorgaben bezüglich Qualität, Arbeitsbedingungen und Tarifgestaltung verknüpft ist. Dabei sollten die Empfehlungen zur Qualität in der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung integriert werden, die zurzeit von der EDK und der SODK erarbeitet werden.

Die Haltung der **EKF** wird von mehreren Verbänden geteilt (**Dachverband Bildung und Betreuung, dtma, EFS, K&F Fachstelle Kinder und Familien, Pro Familia Schweiz, SF MVB, und SKF**). Eine andere Organisation (**HFE**) erwägt, auf die Subjektfinanzierung zugunsten von Kindern mit besonderen Bedürfnissen zu verzichten.

5.3.2 Voraussetzungen für die Gewährung des Beitrags

Die Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden, die sich zu den Voraussetzungen für die Gewährung des Bundesbeitrags geäußert haben, lehnt es ab, den Beitrag von der Ausübung einer Erwerbstätigkeit oder der Absolvierung einer Ausbildung abhängig zu machen. Sie sind der Meinung, dass es auch andere Gründe für eine institutionelle Betreuung geben kann. Viele Kantone würden dies bei der Subventionierung von Plätzen bereits so vorsehen.

Kantone, SODK und Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete

21 Kantone (**AI, AG, BE, BL, BS, FR, GE, GL, GR** (1. Eventualantrag), **JU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, TI, UR, VS, VD** und **ZH**) sowie der **SGV**, die **SODK** und der **SSV** sind dagegen, die Gewährung des Bundesbeitrags an die Ausübung einer Erwerbstätigkeit oder die Absolvierung einer Ausbildung zu knüpfen. Sie schlagen vor, die Bestimmung zu ergänzen, um eine bedingungslose Kostenbeteiligung zu verankern ([...] um den Eltern eine Erwerbstätigkeit oder eine Ausbildung zu ermöglichen, und um die Chancengleichheit der Kinder zu verbessern oder um insbesondere zu ermöglichen[...]). Eine solche Bedingung hätte zur Folge, dass bestimmte Familien, die eine Kostenbeteiligung benötigen, ausgeschlossen wären und der administrative Aufwand unnötig vergrößert würde. Hinzu komme, dass zahlreiche Kantone und Gemeinden die institutionelle Betreuung von Kindern im Sinne der Kinderförderung und des Kindeswohls ausdrücklich subventionieren, auch wenn die Eltern für die Ausübung ihrer Erwerbstätigkeit oder die Absolvierung ihrer Ausbildung nicht auf eine Betreuung angewiesen sind.

Nach Auffassung von **AI** und **BE** (Eventualantrag) sollten die Kantone den Bundesbeitrag an Einkommensbedingungen knüpfen. **AI** verweist auf das Beispiel der individuellen Prämienverbilligungen in der Krankenversicherung, und **BE** erwähnt sein System mit einer Einkommensgrenze von 160 000 Franken pro Jahr, um in den Genuss einer finanziellen Unterstützung des Kantons zu gelangen. Diese beiden Kantone sprechen sich gegen ein Giesskannenprinzip aus.

Politische Parteien

5 Parteien (**Die Junge Mitte Schweiz**, **Die Mitte Frauen**, **EVP**, **GPS** und **SP** [Eventualantrag]) lehnen ausdrücklich ab, dass nur Eltern, die erwerbstätig oder in Ausbildung sind, ein Anrecht auf einen Bundesbeitrag haben sollen. Alle Eltern und unabhängig davon, weshalb ein Kind familienergänzend betreut wird, sollen in Übereinstimmung mit der Mehrheit der Kommission Anspruch auf den Bundesbeitrag haben. Sie begründen dies insbesondere damit, dass für einen schlanken Vollzug keine zusätzliche Bürokratie anfallen soll. Kantone und Gemeinden hätten praktisch immer Regelungen, wonach ihre Subventionen an Bedingungen wie Ausbildung oder Erwerbsarbeit gebunden seien. Eine erneute Prüfung auf Bundesebene bringe ausser viel Bürokratie nicht viel und stehe im Widerspruch zum Subsidiaritätsprinzip, welches ein zentrales Element der Vorlage sei. Die **FDP-Frauen** und die **GLP** vertreten die Ansicht, dass die Einführung eines Mindestbeschäftigungsgrads der Eltern als Anspruchsvoraussetzung zumindest geprüft werden müsste. Der administrative Aufwand dafür müsse allerdings vertretbar sein. Die **SVP** (Eventualantrag) spricht sich dafür aus, dass ein kumulierter Mindestbeschäftigungs- oder Ausbildungsgrad der beiden Eltern festgelegt wird, der den Anspruch auf einen Bundesbeitrag begründet.

Die Mitte Frauen, die **FDP-Frauen** und die **GLP** befürworten explizit, dass der Bundesbeitrag pauschal und unabhängig vom Einkommen und Vermögen der Eltern ausgerichtet werden soll. Nach Ansicht der **FDP-Frauen** liegt es an den Kantonen, die weitergehende familienergänzende Kinderbetreuung entsprechend ihrer subsidiären Verantwortung einkommensabhängig auszugestalten.

Verbände der Wirtschaft

BPW Switzerland, **cp**, der **SBLV** (Eventualantrag), der **SGB** (Eventualantrag) und **Travail.Suisse** lehnen es (explizit) ab, dass nur Eltern, die erwerbstätig oder in Ausbildung sind, ein Anrecht auf einen Bundesbeitrag haben sollen. Auch solle die Ausrichtung der Bundesbeiträge nicht an einen (kumulierten) Mindestbeschäftigungsgrad geknüpft werden resp. die Ausrichtung der Bundesbeiträge solle auch möglich sein, wenn die Erwerbstätigkeit der Eltern nicht einem Vollzeitpensum entsprechen würde. Neben der Erwerbstätigkeit und der Ausbildung könne es noch andere Gründe geben, welche einen Anspruch auf Ausrichtung eines Bundesbeitrages begründen würden (Förderung des Kindes, Kindeswohl, Entlastung der Eltern, Angehörigenbetreuung, freiwilliges Engagement, politisches Mandat).

Für **economiesuisse**, **EIT.swiss** und **GastroSuisse** ist die Erwerbstätigkeit der Eltern eine zwingende Voraussetzung für den Anspruch auf einen Bundesbeitrag, um eine bessere Ausschöpfung des Arbeits- und Fachkräftepotenzials zu garantieren. Ohne eine Koppelung der Bundesbeiträge an eine Erwerbstätigkeit, die beispielsweise durch ein minimal zu leistendes Arbeitspensum beider Elternteile ausgestaltet sei, werde viel Geld ausgegeben, ohne dass eine bessere Nutzung des inländischen Arbeits- und Fachkräftepotentials garantiert sei. **EIT.swiss** ergänzt, dass der kumulierte Beschäftigungsgrad der Eltern nicht unter 100 Prozent sinken sollte. Gemäss **GastroSuisse** muss verhindert werden, dass solche Eltern in den Genuss von Betreuungsbeiträgen kommen würden, welche die Betreuungsaufgaben selber übernehmen könnten.

Weitere Organisationen und interessierte Kreise

Bei den ausserparlamentarischen Kommissionen schlägt die **EKKJ** vor, die Bestimmung im Sinne einer bedingungslosen Beteiligung des Bundes an den Kosten unabhängig von der

finanziellen Lage der Eltern, ihrer Erwerbstätigkeit oder ihres Erwerbsumsatzes zu formulieren: «Der Bund beteiligt sich an den Kosten der Eltern für die familienergänzende Kinderbetreuung, um die Chancengerechtigkeit der Kinder zu verbessern.» Die **EKFF** möchte die Bestimmung so ergänzen, dass sie nicht restriktiv ist. Die Betreuung dürfe nicht nur aus dem Blickwinkel der Eltern betrachtet werden, sondern sei auch unter dem Gesichtspunkt der Verbesserung der Chancengerechtigkeit für die Kinder zu beurteilen. Ausserdem müssten auch Eltern, die sich wegen einer Krankheit oder eines Unfalls oder weil sie eine Stelle suchen oder ein Beschäftigungsprogramm absolvieren, nicht um ihre Kinder kümmern können, in den Genuss der Bundessubventionen kommen. Die **EKF** stellt klar: Falls an einer Subjekt- anstelle einer Sockelfinanzierung an die Kantone festgehalten wird, muss diese umfassend und inklusiv ausgestaltet werden, damit alle Familien davon profitieren.

Bei den anderen interessierten Organisationen fordert eine grosse Anzahl der Befragten (**AFAE, ARTISET, Dachverband Bildung und Betreuung, dtma, EFS, FFAES, FKV, Gesundheitsförderung Schweiz, K&F Fachstelle Kinder und Familien, Ombudsstelle Kinderrechte Schweiz, Pro Familia Schweiz, SKF** und **SRK**), die Bestimmung so zu formulieren, dass der Kreis der Begünstigten nicht eingeschränkt wird. Einige (**Ausbildungsstätte kid, FKS Glarnerland, FKS Kanton Bern, Gesundheitsförderung Schweiz, iks, kibesuisse, Kinderschutz Schweiz, SKG, SSLV** und **SVAMV**) schlagen vor, weitere Gründe für die Inanspruchnahme einer Betreuung hinzuzufügen oder diese Bedingung schlicht zu streichen (**Alliance Enfance** und **Pro Enfance**). Nach Ansicht von **kibesuisse** sollte klargestellt werden, dass der Bundesbeitrag der Verbesserung der Chancengerechtigkeit der Kinder sowie der Vereinbarkeit von Familie und Berufsleben oder Ausbildung dient.

Die von **alliance F** in ihrer Stellungnahme verfolgte Argumentation zeigt, dass sie gegen den Grundsatz ist, die Gewährung des Beitrags an eine Erwerbstätigkeit oder eine Ausbildung zu knüpfen. Dies führe zu einem Mehraufwand für die Kantone, und es könne andere wichtige Gründe für die Inanspruchnahme einer institutionellen Betreuung als eine Berufstätigkeit oder eine Ausbildung geben (z. B. die Förderung und das Wohl des Kindes sowie die Entlastung der Eltern, insbesondere im Fall von Kindern mit Behinderungen). Dieser Meinung sind auch **Helvetiarockt, HFE, NGO-Koordination post Beijing Schweiz, Pro Infirmis, Procap Schweiz, SGB-FSS** und **SKG**.

5.3.3 Zusammensetzung des Sockel- und Zusatzbeitrags

Während eine grosse Mehrheit der Kantone sowie die teilnehmenden ausserparlamentarischen Kommissionen das System aus Sockelbeitrag und Zusatzbeitrag ablehnen und einzig einen Sockelbeitrag bevorzugen, befürworten die meisten politischen Parteien sowie eine grosse Zahl der Dachverbände der Wirtschaft und eine Vielzahl weiterer interessierter Organisationen ein Bonus-System.

Kantone, SODK und Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete

Nur 4 Kantone (**GE, LU, SH** und **VS**) stellen das **System bestehend aus einem Sockelbeitrag und einem Zusatzbeitrag** nicht in Frage (Bonus-System, das als Anreiz für die Kantone gedacht ist). **GE** und **VS** sind hinsichtlich der Anreizfunktion des Systems explizit zuversichtlich.

19 Kantone (**AG, AI, AR, BL, BS, FR, GL, GR** [2. Eventualantrag], **JU, NE, NW, OW, SG, SO, SZ, TI, UR, VD** und **ZH**) sowie der **SGV**, die **SODK** und der **SSV** wünschen ein System nur mit

einem Sockelbeitrag von 20 Prozent ohne Zusatzbeitrag. **TG** spricht sich für einen Sockelbeitrag von 10 Prozent ohne Zusatzbeitrag aus. **BE** (Eventualantrag) befürwortet einen Sockelbeitrag ohne Zusatzbeiträge, nennt aber keinen Prozentsatz für den Sockelbeitrag. Die wichtigsten gegen das Bonus-System ins Feld geführten Argumente beziehen sich auf den minimalen Anreizeffekt für die Kantone, wo der politische Wille zu vermehrtem Handeln in den vom Gesetz abgedeckten Bereichen fehle, die Ungleichbehandlung der Eltern je nach Wohnort und die Komplexität der Umsetzung, die einen hohen administrativen Aufwand verursachen würde. **NE** erwähnt ebenfalls, dass das angedachte System keinen Anreiz zur Weiterentwicklung des kantonalen Angebots enthalte und genau die Kantone benachteilige, die bereits die Initiative ergriffen haben, um den Familien ein umfassendes, hochwertiges Betreuungsdispositiv anzubieten. Die **SAB** ist ebenfalls der Meinung, das «Bonus»-System sei nicht angemessen. Sie wünscht sich ein System mit einem Sockelbeitrag von 20 bis 30 Prozent, der über die Jahre sukzessive reduziert wird, sofern die Kantone ihre Bemühungen nicht intensivieren und ebenfalls entsprechende Beiträge zur Reduktion der Elterntarife sprechen. **AR** befürwortet ein ähnliches System.

Falls eine Unterscheidung getroffen werden sollte, sprechen sich die **SODK** und 7 Kantone (**AI, AR, FR, GL, JU, OW** und **UR**) bei einer Unterscheidung zwischen Sockel- und Zusatzbeitrag für eine Unterscheidung nach Alterskategorien aus: 20 Prozent auf Vorschulstufe, 10 Prozent auf Primarstufe und 0 Prozent auf Sekundarstufe.

GE unterstützt die Option eines Anspruchs auf den Zusatzbeitrag mit einem linearen Verlauf in elf Kategorien, d. h. einen Anspruch auf den Zusatzbeitrag von 0 bis 10 Prozent. Dies entspricht auch einem Eventualantrag der **SODK**. **GE** fragt sich, ob die Subventionen zur Reduktion der von den Eltern zu tragenden Kosten für die familienergänzende Kinderbetreuung in der Praxis getrennt ermittelt werden können, und spricht sich dafür aus, die gesamten ordentlichen langfristigen Subventionen zu berücksichtigen. **BE** und **GR** sind der Auffassung, dass die für die Festlegung des Sockel- und Zusatzbeitrags notwendigen Zahlen nicht verfügbar sind und der Aufwand für ihre Erhebung unverhältnismässig wäre.

Politische Parteien

Die Mehrheit der Parteien (**Die Junge Mitte Schweiz, Die Mitte, Die Mitte Frauen, EVP, FDP-Frauen** und **GLP**), die die Vorlage befürwortet, heisst das Bonus-System, d. h. die Kombination aus einem Sockel- und einem Zusatzbeitrag, gut. Die zustimmenden Parteien begründen dies damit, dass einerseits Eltern in der ganzen Schweiz von der Unterstützung durch den Bund profitieren können und andererseits die Kantone einen Anreiz haben, ihre Subventionen nicht zu senken bzw. diese zu erhöhen. Die **GPS** zeigt sich offen für einen allfälligen Zusatzbeitrag, sofern dieser auf einem erhöhten Sockelbeitrag aufbaut. Die **SVP** (Eventualantrag) spricht sich gegen den Zusatzbeitrag aus: Dieser sei unvereinbar mit der Kompetenzverteilung in der Bundesverfassung. Die **SP** (Eventualantrag) lehnt den Zusatzbeitrag ebenfalls ab: Eltern in Kantonen, die die familien- und schulergänzende Kinderbetreuung nur minimal subventionieren, sollten nicht zusätzlich durch niedrige Bundesbeiträge bestraft werden. Ausserdem sei fraglich, ob an die Eltern ausbezahlte Zusatzbeiträge die Kantone zu einer höheren Subventionierung der Angebote mobilisieren könnten.

Was die Höhe des Sockelbeitrages anbelangt, so ist es für die **FDP-Frauen** zwingend, dass die in der Vorlage vorgeschlagenen 10 Prozent der Kosten eines familienergänzenden Kinder-

betreuungsplatzes nicht unterschritten werden dürfen. **Die Mitte Frauen** fordern eine Erhöhung des Sockelbeitrages auf 15 Prozent, die **EVP**, die **GPS** und die **SP** (Eventualantrag) sprechen sich für eine Erhöhung des Sockelbeitrags auf 20 Prozent aus. Sie begründen die Erhöhung vor allem damit, dass dadurch eine höhere volkswirtschaftliche Wirkung erzielt werden kann. Die **SVP** (Eventualantrag) unterstützt einen Sockelbeitrag, der in allen Kantonen gleich hoch ist oder 10 Prozent der für die Eltern anfallenden Kosten der familienergänzenden Kinderbetreuung entspricht.

Betreffend Berechnung des Zusatzbeitrages soll nach Auffassung der **EVP** der zu berücksichtigende Jahresbetrag die Subventionen des Kantons, der Gemeinden und der Arbeitgeber umfassen, die diese dauerhaft zur Senkung der Kosten der Eltern für die familienergänzende Bildung und Betreuung bezahlen. Für die **EVP** ist es wichtig, dass die pädagogische Qualität nicht aussen vorgelassen wird und für die Kantone und Gemeinden keine negativen Qualitäts- und Finanzierungsanreize entstehen. Die **FDP-Frauen** erachten das Berechnungsmodell mit den drei vorgesehenen Schwellenwerten als problematisch, da dieses zu Fehlanreizen führen könne. Sie befürworten daher ein lineares Berechnungsmodell.

Verbände der Wirtschaft

3 Verbände der Wirtschaft (**BPW Switzerland**, **SBLV** und **SGB**) befürworten einen Sockelbeitrag des Bundes, der pro Platz 20 Prozent der durchschnittlichen Vollkosten eines familienergänzenden Betreuungsplatzes entspricht. Nach Auffassung des **SBLV** und des **SGB** soll dieser Sockelbeitrag an die Kantone ausbezahlt und mit Kriterien bezüglich Tarifstrukturvorgaben, Qualität, Arbeitsbedingungen und Zugangschancen für Kinder mit besonderen Bedürfnissen verknüpft werden. Ein allfälliger Zusatzbeitrag als Anreiz für die Kantone müsse auf diesem Sockelbeitrag aufbauen. Nach Auffassung von **Travail.Suisse** soll sich die Höhe des Sockelbeitrages auf 50 Prozent der Durchschnittskosten eines familienergänzenden Kinderbetreuungsplatzes belaufen.

BPW Switzerland, **GastroSuisse** und der **SAV** sprechen sich für die Einführung eines Sockel- und Zusatzbeitrags aus. Der **SBLV** (Eventualantrag) und der **SGB** (Eventualantrag) zeigen sich offen für einen allfälligen Zusatzbeitrag, sofern ein erhöhter Sockelbeitrag vorgesehen werde. **Travail.suisse** lehnt einen Zusatzbeitrag ab.

Nach den Ausführungen von **GastroSuisse** und des **SAV** soll der Zusatzbeitrag auf der Grundlage eines linearen Modells anstelle eines Modells mit Schwellenwerten berechnet werden und bei Erreichen eines definierten Schwellenwertes nicht mehr ansteigen.

Weitere Organisationen und interessierte Kreise

Die **EKF**, die **EKKJ** und die **EKFF** sprechen sich für einen einheitlichen Beitrag von 20 Prozent aus. Für sie ist das Bonus-System komplex und bietet keinen wirksamen Anreizeffekt. Sie lehnen die Einteilung der Kantone in drei Gruppen ab, weil dies zu einer wohnortabhängigen Ungleichbehandlung der Eltern und somit der Kinder führen würde. Die **EKFF** würde einer Senkung des Beitrags auf 15 Prozent zustimmen, um einen Teil des auf diese Weise eingesparten Betrags für die Qualitätsentwicklung und im vorliegenden Fall für eine Initiative im sozialen Bereich einsetzen zu können. Gemäss der **EKF** müsste der Sockelbeitrag bei 20 Prozent bleiben, falls das Bonus-System beibehalten würde.

Alliance F, Caritas Schweiz, PHTG, Pro Infirmis, Procap Schweiz und **SKG** unterstützen die Kombination aus Sockel- und Zusatzbeitrag. Einerseits nehme so der Bund seine Verantwortung wahr, und es sei sichergestellt, dass alle Eltern in der Schweiz in den Genuss der gesetzlich verankerten Massnahmen gelangen. Andererseits würden auch die Kantone und Gemeinden veranlasst, sich zu engagieren. Der Sockelbeitrag sei allerdings zu tief, um einen guten wirtschaftlichen Effekt und akzeptable Elternbeiträge zu erreichen. **KIQ** schlägt vor, dass der Bundesbeitrag die Kantone und Gemeinden subsidiär unterstützt, um die subsidiäre Rolle des Bundes zu gewährleisten. **Kibesuisse** misst dem verwendeten Finanzierungssystem wenig Bedeutung zu, hat aber eine leichte Präferenz für die in der Vorlage enthaltene Lösung. Diese trage den verschiedenen Gegebenheiten des föderalistischen Systems der Schweiz am besten Rechnung, auch wenn die Umsetzung möglicherweise kompliziert sei. Der Verband spricht sich jedoch für einen Sockelbeitrag von 30 Prozent aus. **Alliance Enfance** bezweifelt die Wirksamkeit des Anreizsystems und befürchtet ungerechte Effekte für die Eltern sowie eine hohe Komplexität. Die Organisation ist für einen einheitlichen Beitrag von 20 Prozent. Falls das Anreizsystem beibehalten wird, schlägt sie ein Malussystem vor, bei dem alle Kantone zuerst einen Beitrag von 20 Prozent erhalten würden. Nur wenn die Kantone ihre Subventionen nicht entsprechend erhöhen, wird der Bundesbeitrag nach ein paar Jahren schrittweise gesenkt. Dieser sollte aber nicht unter 10 Prozent liegen. **Pro Juventute Schweiz** bezweifelt den Anzeizeffekt des Bonus-Systems. **Pro Enfance** lehnt das Bonus-Malus-System ab, um die Eltern aus Kantonen, die keinen Zusatzbeitrag in Anspruch nehmen, nicht zu benachteiligen. **READY!** schlägt ein System mit einem Sockelbeitrag von 20 bis 30 Prozent vor, der über die Jahre sukzessive reduziert wird, sofern die Kantone ihre Bemühungen nicht intensivieren und ebenfalls entsprechende Beiträge zur Reduktion der Elterntarife, zur Verbesserung der Qualität oder für Integrationsmassnahmen sprechen.

Hinsichtlich der Festlegung des Zusatzbeitrags fordert **kibesuisse** eine Überarbeitung der Berechnung, um Subventionen zu berücksichtigen, die zwar zu keiner effektiven Kostensenkung beitragen, aber eine Erhöhung der Elternbeiträge verhindern. Es sei wichtig, keine Negativanreize für die Kantone und Gemeinden in Bezug auf die Qualität zu schaffen. **Pro Juventute Schweiz** fordert in diesem Sinne, die Definition der anrechenbaren kantonalen Subventionen zu überprüfen. Gemäss **iks** (Eventualantrag), **Procap Schweiz** und **SSLV** (Eventualantrag) sollten beim Zusatzbeitrag von 10 Prozent nicht nur kantonale Subventionen zur Senkung der Elternbeiträge anrechenbar sein. Gemäss **Procap Schweiz** führt diese Regelung einerseits zu einem bürokratischen Aufwand und es dürfte in vielen Fällen schlicht unmöglich sein, die verschiedenen Kostenarten im Detail aufzuteilen. Kantonale Subventionen, die zur Schaffung von Plätzen, Integrationsmassnahmen und langfristigen Qualitätsverbesserungen führen, sind ebenso im Sinne der Chancengleichheit und Vereinbarkeit und sollten daher auch mit dem Zusatzbeitrag unterstützt werden. Mit einem Sockelbeitrag von 20 Prozent (wie von **Procap Schweiz** vorgeschlagen) wären Investitionen in die genannten Bereiche ausserhalb der Elternbeiträge dennoch möglich und eine Anpassung von Absatz 3 nicht zwingend. **Kinderschutz Schweiz** schlägt vor, auch Subventionen zur Verbesserung der Betreuungsqualität zu berücksichtigen.

5.3.4 Beitragsberechnung

Die Berücksichtigung der besonderen lokalen Bedingungen (die sog. Regionalisierung) stösst bei den Vernehmlassungsteilnehmenden auf ein geteiltes Echo. Die Befürworter/innen betonen, dass die Kosten für einen familienergänzenden Betreuungsplatz je nach Kanton variieren. Die Gegner/innen kritisieren die Berechnungsmodalitäten,

und einige schlagen vor, andere Elemente bei der Berechnung des Beitrags zu berücksichtigen.

Kantone, SODK und Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete

14 Kantone (**AI, BL, BS, FR, GE, GL, JU, NE, NW, OW, UR, VD, VS** und **ZH**) sowie die **SODK** sprechen sich ausdrücklich dafür aus, dass bei der Berechnung die «besonderen lokalen Bedingungen» berücksichtigt werden (sogenannte Regionalisierung). Diese Meinung teilen auch der **SGV** und der **SSV**. **GE** und **VD** fordern, dass die Kantone zu dieser Frage konsultiert werden. Die **SAB** äussert sich nicht konkret zu diesem Thema, betont aber in ihrer Stellungnahme, wie wichtig die Berücksichtigung der Besonderheiten der ländlichen Räume und Berggebiete sei.

AG und **GR** (2. Eventualantrag) sowie **SZ** und **BE** (Eventualantrag) sind gegen die Berücksichtigung der «besonderen lokalen Bedingungen». **SZ** schlägt vor, die durchschnittlichen Kosten in der Schweiz zu berücksichtigen (gemäss dem Minderheitsantrag Piller Carrard). Für **BE** sind die Berechnungsmodalitäten nicht klar genug.

Politische Parteien

3 Parteien (**Die Mitte Frauen, EVP** und **FDP-Frauen**) sprechen sich ausdrücklich dafür aus, dass der Bundesrat die durchschnittlichen Kosten eines familienergänzenden Betreuungsplatzes unter Berücksichtigung der besonderen lokalen Bedingungen (Regionalisierung) festlegt. Sie betonen, dass die Kinderbetreuungskosten in den verschiedenen Regionen und Kantonen stark variieren und diesen Unterschieden Rechnung getragen werden muss, um die Eltern zielgerichtet entlasten zu können.

4 Parteien (**Die Junge Mitte Schweiz, Die Mitte, GLP** und **SVP** [Eventualantrag]) lehnen die in der Vorlage vorgeschlagene Regionalisierung ab. Sie führen zwei Argumente dagegen ins Feld: Zum einen wäre der administrative Aufwand unverhältnismässig hoch. Zum anderen ist das Verbesserungspotenzial in der familienergänzenden Kinderbetreuung in ländlichen Regionen grösser, weshalb es kontraproduktiv wäre, ausgerechnet in diesen Regionen tiefere Bundesbeiträge auszurichten.

Verbände der Wirtschaft

BPW Switzerland und der **SAV** sprechen sich explizit für eine Regionalisierung aus. Nach Auffassung des **SAV** soll sich der Bundesbeitrag nach den durchschnittlichen Kosten eines familienergänzenden Betreuungsplatzes in den Kantonen richten.

4 Verbände der Wirtschaft (**EIT.swiss, SBLV, SGB** [Eventualantrag] und **Travail.Suisse**) lehnen die in der Vorlage vorgeschlagene Regionalisierung ab.

Weitere Organisationen und interessierte Kreise

Bei den ausserparlamentarischen Kommissionen schlägt die **EKFF** vor, den Beitrag des Bundes nicht nach den durchschnittlichen Kosten eines Platzes für die familienergänzende Betreuung, sondern allein nach den vom Bund auf nationaler Ebene festgelegten Modellkosten pro Betreuungseinheit zu bestimmen. Dieser Beitrag entspricht dem Prozentsatz der Bundessubventionen an den Gesamtkosten einer Betreuungseinheit. Entsprechend möchte sie den von ihr folglich nicht unterstützten Verweis auf die besonderen lokalen Bedingungen streichen. Die

EKF schlägt vor, die Mittel nur unter Berücksichtigung der verschiedenen Arten der institutionellen Betreuung festzulegen. Entsprechend möchte auch sie den von ihr folglich nicht unterstützten Verweis auf die besonderen lokalen Bedingungen streichen. Die **EKKJ** ist der Auffassung, dass eine Berücksichtigung dieser Voraussetzungen zu Verwirrung beim Gesetzesvollzug sowie Diskussionen über die rechtliche Qualifizierung und Abgrenzung der lokalen oder regionalen Einheiten führen würde. Des Weiteren betont sie, dass die Kinder nicht immer an ihrem Wohnort betreut werden.

Bei den anderen interessierten Organisationen begrüssen **alliance F**, **KiQ**, **Pro Enfance** und **SKG** den Grundsatz der Berücksichtigung der besonderen lokalen Bedingungen anstelle der durchschnittlichen Kosten in der Schweiz. Für **alliance F** ist es wichtig, dass alle Eltern anteilmässig unterstützt werden. Folglich sollten die durchschnittlichen Kosten für einen familienergänzenden Betreuungsplatz vor Ort ausschlaggebend sein und nicht ein Durchschnittswert für die gesamte Schweiz. **Kibesuisse** möchte Artikel 7 Absatz 2 in der vorliegenden Form belassen und lehnt folglich die Berücksichtigung der besonderen lokalen Bedingungen nicht ab. **Alliance Enfance**, **ARTISET** und **iks** schlagen vor, den Beitrag nach den durchschnittlichen Kosten in der Schweiz zu berechnen und die Bundessubventionen mithilfe von Kostenmodellen pro Betreuungseinheit zu bestimmen. Für **Alliance Enfance** ist es nicht zweckdienlich, die Kosten unter Berücksichtigung der besonderen lokalen Bedingungen festzulegen. Dies würde Diskussionen auslösen über die Qualität, bei der der volle Satz anwendbar wäre, und im Einzelfall über die Definition der lokalen oder regionalen Einheiten. Des Weiteren gibt Alliance Enfance zu bedenken, dass den Eltern an ihrem Wohnort oder in ihrem Kanton nicht unbedingt ein Angebot zur Verfügung steht.

5.3.5 Kinder mit Behinderungen

Die Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden begrüsst die Einführung eines höheren Bundesbeitrags für Eltern von Kindern mit Behinderungen, weist aber darauf hin, dass die Bestimmung umformuliert werden müsse, damit die Kantone und Gemeinden, die bereits für diese Art von Zusatzkosten aufkommen, nicht benachteiligt würden. Einige Teilnehmende schlagen zudem vor, die Bestimmung auf Eltern von Kindern mit besonderen Bedürfnissen auszudehnen.

Kantone, SODK und Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete

Die Mehrheit der Kantone, nämlich 19 (**AG, AI, AR, BL, FR, GE, GL, GR** [2. Eventualantrag], **JU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, TI, UR, VS** und **ZH**) sowie der **SGV**, die **SODK** und der **SSV** befürworten die Tatsache, dass der Beitrag des Bundes für die Eltern eines Kindes mit Behinderungen höher ist, sofern die Eltern tatsächlich höhere Kosten für die familienergänzende Betreuung der Kinder tragen. Sie betonen, wie wichtig es ist, Lösungen zu finden, mit denen Kantone, Städte und Gemeinden, die zurzeit diese Mehrkosten tragen, nicht benachteiligt werden. Die Bestimmung sei daher umzuformulieren. Für die **SODK** sollte der Beitrag für Eltern eines Kindes mit Behinderungen höher sein, sofern die Gesamtkosten für die familienergänzende Kinderbetreuung höher sind.

6 Kantone (**BS, GE, NE, SH, VD** und **ZH**) schlagen vor, den Begriff «Kind mit Behinderung» auf Kinder auszudehnen, die besondere Bedürfnisse, besondere pädagogische Bedürfnisse oder einen besonderen Unterstützungs- oder Betreuungsbedarf aufweisen. Für die **SODK** ist eine Ausweitung des Begriffs «Kind mit Behinderung» nicht angezeigt, weil der Wortlaut sehr

vage sei und die Abdeckung der besonderen Bedürfnisse über den allgemeinen Ausbau der Qualität erfolgen sollte.

Politische Parteien

Die Mehrheit der Parteien (**Die Junge Mitte Schweiz, Die Mitte Frauen, EVP, GLP, GPS** und **SP** [Eventualantrag]) begrüßen einen höheren Bundesbeitrag an die Eltern eines Kindes mit Behinderungen. Nach Auffassung der befürwortenden Parteien ist die zugrundeliegende Bestimmung allerdings missverständlich formuliert. Sie führe zur Benachteiligung all jener Kantone und Gemeinden, die bereits heute die behinderungsbedingten Mehrkosten übernehmen würden und stehe damit in klarem Widerspruch zum Grundsatz, dass der Bundesbeitrag zu allfälligen Beiträgen der Kantone, Gemeinden und Arbeitgeber hinzukomme. Die Mehrheit der Parteien (**Die Junge Mitte Schweiz, Die Mitte Frauen, EVP, GLP, GPS** und **SP** [Eventualantrag]) zieht den Begriff «Kinder mit besonderen Bedürfnissen» dem Begriff «Kinder mit Behinderungen» vor. Sie betonen, dass alle Kinder, die (vorübergehend) einen höheren Betreuungs- und Förderbedarf haben, berücksichtigt werden sollen.

Verbände der Wirtschaft

BPW Switzerland, der **SBLV** (Eventualantrag), der **SGB** (Eventualantrag) und **Travail.Suisse** begrüßen explizit einen höheren Bundesbeitrag an die Eltern eines Kindes mit Behinderungen. Sie weisen allerdings darauf hin, dass der zugrundeliegende Artikel umformuliert werden müsse, damit jene Kantone und Gemeinden, die bereits heute die behinderungsbedingten Mehrkosten übernehmen, nicht benachteiligt würden oder sich nicht aus der Finanzierung von behinderungsbedingten Mehrkosten zurückziehen. Sie ziehen den Begriff «Kinder mit besonderen Bedürfnissen» dem Begriff «Kinder mit Behinderungen» vor.

Weitere Organisationen und interessierte Kreise

Die **EKF**, die **EKFF** und die **EKKJ** sind der Meinung, die Bestimmung müsse umformuliert werden, um die Kantone und Gemeinden, die diese Mehrkosten heute tragen, nicht zu benachteiligen. Die Erhöhung müsse den höheren Kosten entsprechen, um die Qualität der familienergänzenden Betreuung für Kinder mit Behinderungen und besonderen Bedürfnissen zu gewährleisten. Die **EKF** betont, dass die aktuelle Formulierung klar im Widerspruch zu Artikel 4 Absatz 3 und dem erläuternden Bericht stehe. An beiden Orten heisse es, dass die Bundesbeiträge zu den Kantonsbeiträgen hinzukommen sollen. Die Kantone und Gemeinden würden so veranlasst, auf die Finanzierung der behinderungsbedingten Mehrkosten zu verzichten.

Bei den anderen interessierten Organisationen sind viele (**AFAE, Alliance Enfance, alliance F, dtma, EFS, FFAES, FKV, «Fugu» Kinderkrippen, groupe pop e poppa servicefamille, Helvetiarockt, iks, insieme Schweiz, kibesuisse, KIMI Krippen AG, KiQ, Pro Enfance, Pro Familia Schweiz, Pro Infirmis, Procap Schweiz, SBV, SGB-FSS, SKF, small Foot AG** und **SSLV**) der Auffassung, dass der Wortlaut geändert werden müsse, um die Kantone und Gemeinden, die die Mehrkosten heute tragen, nicht zu benachteiligen.

Beim Begriff «Kinder mit Behinderungen» schlägt die **EKFF** vor, den Ausdruck «Kind mit erhöhtem Unterstützungsbedarf» zu verwenden, weil andere Kinder einen höheren Assistenzbe-

darf aufweisen (z. B. Säuglinge). Die **EKF** und die **EKKJ** möchten den Begriff «Kinder mit besonderen Bedürfnissen» verwenden, weil er auch die Situation von Kindern mit Behinderungen erfasst.

Zahlreiche Organisationen (**AFAE, Alliance Enfance, alliance F, ARTISET, Dachverband Bildung und Betreuung, FFAES, FKV, HFE, HPF, iks, kibesuisse, Kinderschutz Schweiz, KiQ, SSLV, Stiftung papilio, Stiftung RgZ** und **ZKSK**) beantragen, den Kreis der betroffenen Kinder zu erweitern. Einige schlagen insbesondere die Wortlaute «Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf», «Kinder mit erhöhtem Unterstützungsbedarf» oder «Kinder mit höherem Betreuungsaufwand» vor.

5.3.6 Gewährung des Beitrags an die Anspruchsberechtigten

Die grosse Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden, die sich zur Gewährung des Beitrags an die Anspruchsberechtigten geäussert haben, ist der Meinung, dass der Beitrag nicht nur den Inhaber/innen der elterlichen Sorge, sondern auch den Personen, die für die Kosten der familienergänzenden Kinderbetreuung aufkommen, gewährt werden soll. Diejenigen, die sich zum Auszahlungszeitpunkt geäussert haben, sind der Meinung, dass es wichtig sei, andere Intervalle als die monatliche Auszahlung vorzusehen, um unterschiedlichen Situationen gerecht zu werden.

Kantone, SODK und Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete

20 Kantone (**AG, AI, AR, BE** [Eventualantrag], **BL, FR, GE, GL, JU, NE, NW, OW, SH, SO, TG, TI, UR, VD, VS** und **ZH**) sowie der **SGV**, die **SODK** und der **SSV** schlagen vor, Artikel 5 Absatz 1 umzuformulieren, um die Gewährung des Beitrags nicht auf die Personen zu beschränken, die die elterliche Sorge innehaben. Diese trügen zwar in der Regel, aber nicht immer, die Kosten für die familienergänzende Kinderbetreuung. Folglich sei der Kreis der Anspruchsberechtigten auf die Personen zu erweitern, die die Kosten für die institutionelle Betreuung der Kinder bestreiten.

16 Kantone (**AG, AI, AR, BL, FR, GE, GL, GR** [2. Eventualantrag], **JU, NW, OW, SH, SO, UR, VS** und **ZH**) sowie der **SGV**, die **SODK** und der **SSV** sind der Auffassung, dass eine monatliche Gewährung des Bundesbeitrags in bestimmten Fällen zwar gerechtfertigt ist, andere Abrechnungsintervalle jedoch ebenfalls vorkommen können. Daher fordern sie, die Bestimmung zu ändern, damit sie auf verschiedene Situationen anwendbar wird. Es wird namentlich vorgeschlagen, den Wortlaut «in der Regel» oder «grundsätzlich» einzufügen.

Politische Parteien

Die politischen Parteien äussern sich nicht zu diesem Punkt.

Verbände der Wirtschaft

Die Verbände der Wirtschaft äussern sich nicht zu diesem Punkt.

Weitere Organisationen und interessierte Kreise

Die **EKFF** und die **EKKJ** schlagen ebenfalls vor, Artikel 5 Absatz 1 umzuformulieren, um die Bestimmung nicht auf die Personen einzuschränken, die die elterliche Sorge innehaben. Die

EKFF ist ferner für eine Erweiterung nicht nur auf die Personen, die die Kosten tragen, sondern auch auf die Einrichtungen, die die Kosten für die institutionelle Betreuung tragen.

Bei den anderen interessierten Organisationen schlägt **kibesuisse** vor, den Kreis der Anspruchsberechtigten auf die Personen auszudehnen, die die Kosten für die Bildung und Betreuung der Kinder tragen. Wortlaute im Sinne einer Ausweitung auf die Personen, die die Kosten für die institutionelle Betreuung tragen, werden auch von anderen Organisationen vorgeschlagen (**Alliance Enfance**, «Fugu» **Kinderkrippen**, **groupe pop e poppa servicefamille**, **iks**, **KIMI Krippen AG**, **Kinderschutz Schweiz**, **KiQ**, **small Foot AG**, **SSLV** und **SVAMV**). **ARTISET** befürwortet eine Ausdehnung auf die Personen, die «die Kosten der Kinderbetreuung aufgrund eines behördlichen oder gerichtlichen Entscheids tatsächlich tragen».

In Bezug auf das Auszahlungsintervall schlägt die **EKFF** folgenden Wortlaut vor: «Der Bundesbeitrag wird den Anspruchsberechtigten im gleichen Intervall gewährt, wie die Elternrechnungen ausgestellt werden». Der Beitrag müsse nicht unbedingt monatlich, sondern könne auch im Rhythmus der Rechnungstellung durch den Leistungserbringer ausbezahlt werden.

Einige Organisationen (**Alliance Enfance**, **ARTISET**, **iks**, **kibesuisse**, **Procap Schweiz**, **SKG**, **SSLV** und **SVAMV**) schlagen vor, die Bestimmung umzuformulieren, um den verschiedenen Fakturierungszeiträumen Rechnung zu tragen. So befürwortet **Alliance Enfance** den Wortlaut «gemäss dem gleichen Intervall wie die Rechnungstellung» anstelle von «monatlich», und **Procap Schweiz** regt an, «in der Regel» hinzuzufügen.

5.3.7 Überentschädigung

Soweit die Vernehmlassungsteilnehmenden die Bestimmung betreffend die Überentschädigung kommentiert haben, fordern sie die Berücksichtigung der von Kantonen und Gemeinden oder generell von Dritten geleisteten Beiträge und weisen darauf hin, dass der Bundesbeitrag höher sein könne als der Betrag, den die Eltern tatsächlich bezahlen.

Kantone, SODK und Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete

2 Kantone (**GE** und **NW**) regen an, die Bestimmung über die Überentschädigung genauer zu fassen. **NW** möchte nicht nur den Beitrag des Bundes, sondern auch die Beiträge von Kantonen und Gemeinden berücksichtigen. Der Beitrag des Bundes soll zu den Unterstützungsbeiträgen der Kantone und Gemeinden hinzugerechnet werden. **GE** hält es für gerechtfertigt, eine Lösung zu finden, bei der der Bundesbeitrag zur Aufrechterhaltung von an die finanziellen Verhältnisse der Familien und insbesondere von Familien mit niedrigem Einkommen angepassten Tarifen beitragen kann. Artikel 10 Absatz 3 sei in diesem Sinne anzupassen. **BE** betont in seinem Eventualantrag, der Kanton könne zwar dafür sorgen, dass es nicht zu einer Überentschädigung aufgrund der Beiträge des Kantons und des Bundes kommt, eine Überentschädigung durch einen allfälligen Beitrag des Arbeitgebers oder eine andere Leistung aber nicht verhindern.

Politische Parteien

4 Parteien (**Die Junge Mitte Schweiz**, **EVP**, **GPS** und **SP**) sind der Auffassung, dass der Bundesbeitrag höher ausfallen kann als die durch die Eltern selbst getragenen tatsächlichen Kosten für die familienergänzende Kinderbetreuung. Eine Überentschädigung liegt aus ihrer Sicht

nur dann vor, wenn die kumulierten Beiträge von Bund, Kanton und Gemeinde die tatsächlichen Kosten des familienergänzenden Kinderbetreuungsplatzes übersteigen. Nach Ansicht der **GPS** und der **SP** ist es zu begrüssen, wenn die familien- und schulergänzende Kinderbetreuung als Service Public ganz oder mehrheitlich durch die öffentliche Hand finanziert wird.

Verbände der Wirtschaft

4 Verbände (**BPW Switzerland**, **SBLV** (Eventualantrag), **SGB** (Eventualantrag) und **Travail.Suisse**) schlagen eine Umformulierung der Bestimmung zur Überentschädigung vor. Eine solche liege dann vor, wenn der Bundesbeitrag zusammen mit weiteren Unterstützungsbeiträgen von Kantonen und Gemeinden höher ausfalle als die tatsächlichen Kosten des externen Betreuungsplatzes. Die Unterstützungsbeiträge von Bund, Kanton und Gemeinde dürften die Kosten, welche die Eltern für die familienergänzende Kinderbetreuung selber tragen, nicht übersteigen. Der Bundesbeitrag dürfe aber höher sein als der von den Eltern geleistete Beitrag.

Weitere Organisationen und interessierte Kreise

Die **EKF** möchte erwähnt haben, dass eine Überentschädigung vorliegt, wenn die Beiträge des Bundes, des Kantons und/oder der Gemeinde zusammen die tatsächlichen Kosten der familienergänzenden Kinderbetreuung übersteigen. Sie sieht keinerlei Problem, wenn der Beitrag des Bundes für die Kinderbetreuung über dem von den Eltern getragenen Anteil liegt, solange die Beiträge des Bundes und des Kantons oder der Gemeinde zusammen die effektiven Kosten nicht übersteigen. Angesichts der Politik zur Gleichstellung von Mann und Frau wäre es im Gegenteil zu begrüssen, wenn die familien- und schulergänzende Kinderbetreuung mehrheitlich von der öffentlichen Hand finanziert würde. Die **EKFF** weist darauf hin, dass diese Bestimmung die Gemeinden, Städte und Kantone veranlassen könnte, die Minimaltarife für die subventionierten Plätze zu erhöhen, indem sie die Kosten auf den Bund abwälzen. Dennoch empfiehlt sie, diese Bestimmung anzunehmen, weil jegliche Überentschädigung zu vermeiden sei. Ausserdem entlaste der Beitrag des Bundes einige Kantone und Gemeinden bei der Subventionierung von sehr niedrigen Elterntarifen.

Einige andere interessierte Organisationen (**alliance F**, **Dachverband Bildung und Betreuung**, **dtma**, **EFS**, **Helvetiarockt**, **insieme Schweiz**, **K&F Fachstelle Kinder und Familien**, **NGO-Koordination post Beijing Schweiz**, **Pro Familia Schweiz**, **Procap Schweiz**, **SGB-FSS**, **SKF** und **SKG**) schlagen ebenfalls vor, die Bestimmung im gleichen Sinne wie die EKF zu ändern. Es müsse zulässig sein, dass der Beitrag des Bundes in Prozent ausgedrückt höher ist als der von den Eltern bezahlte Beitrag (z. B. bei sehr tiefen Einkommen, wenn die Kantone einkommensabhängige Beiträge vorsehen).

5.4 Programmvereinbarungen

Die überwiegende Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden begrüsst die vorgesehenen Programmvereinbarungen, da dieses Instrument das Subsidiaritätsprinzip respektiere und den Kantonen genügend Handlungsspielraum lasse. Es ermögliche, auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Kantone einzugehen.

5.4.1 Allgemeines

Kantone, SODK und Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete

9 Kantone (**AI, BE, FR, GL, JU, NW, OW, UR** und **VD**) sowie der **SGV**, die **SODK** und der **SSV** begrüssen den Rückgriff auf Programmvereinbarungen zur Unterstützung der Kantone bei ihren politischen Massnahmen ausdrücklich, weil mit diesem Instrument die Organisationsfreiheit der Kantone, Städte und Gemeinden gewahrt sei und den Kantonen genügend Spielraum bleibe, um die Massnahmen auszuwählen, auf die sie sich konzentrieren wollen.

TI und **VS** möchten eine rückwirkende Finanzierung für bereits eingeleitete oder umgesetzte Projekte ermöglichen, die den im Gesetz verankerten Kriterien entsprechen, um alle Kantone gleichzustellen und die Kantone nicht zu benachteiligen, die in diesen Bereichen bereits viel unternommen haben.

Politische Parteien

Grundsätzlich finden die Programmvereinbarungen bei allen Parteien (**Die Junge Mitte Schweiz, Die Mitte, Die Mitte Frauen, EVP, FDP-Frauen, GLP, GPS** und **SP**), die die Vorlage befürworten, explizit oder implizit Zustimmung. Die **SVP** lehnt die Programmvereinbarungen aus föderalistischen Gründen ausdrücklich ab. Die **FDP** äussert sich nicht dazu, lehnt die Vorlage aber als Ganze ab.

Was die Umsetzung anbelangt, so geht **Die Mitte** davon aus, dass bei der Erarbeitung der Programmvereinbarungen auch die Städte und Gemeinden einbezogen werden sollten. **Die Mitte** und die **FDP-Frauen** plädieren für eine unbürokratische Umsetzung. 3 Parteien (**Die Mitte Frauen, EVP** und **FDP-Frauen**) sprechen sich dafür aus, dass die von Bund und Kantonen gemeinsam festgelegten Ziele im Gesetz (**FDP-Frauen**) oder zumindest in der Verordnung (**Die Mitte Frauen** und **EVP**) präzisiert und verankert werden. Nach Auffassung der **SP** müssen die Programmvereinbarungen an die Empfehlungen zur Qualität und Finanzierung der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung gekoppelt werden, die die SODK und EDK derzeit erarbeiten. Diese sollen im Gesetz oder zumindest in der Verordnung erwähnt werden. Die Gewährung der Finanzhilfen soll spätestens in der zweiten und dritten Vertragsperiode in Abhängigkeit der Erfüllung der Empfehlungen der SODK und EDK erfolgen.

Die **GPS** und die **SP** lehnen die zeitliche Befristung der Programmvereinbarungen zwischen Bund und Kantonen ohne vorherige Evaluation der Zielerreichung ab. Die Unterstützung der Kantone im Rahmen von Programmvereinbarungen soll weitergeführt werden, so lange sie nötig ist für die Entwicklung und Verbesserung des Angebots der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung.

Nach Auffassung der **FDP-Frauen** ist der Begriff der «frühen Förderung von Kindern» zu breit gefasst. Der Zusammenhang mit der familienergänzenden Kinderbetreuung müsse klarer aufgezeigt werden. Es dürfe keine Übertragung der Verantwortung für die frühe Förderung von Kindern an die Kinderbetreuungsinstitutionen erfolgen. Dieser Bereich liege klar in der Kompetenz der Kantone.

Verbände der Wirtschaft

Die Mehrheit der Verbände der Wirtschaft (**GastroSuisse, SAV, SBLV, SGB** und **Travail.Suisse**) befürworten die Programmvereinbarungen. Der **SGB** hält zusätzlich fest,

dass die Programmvereinbarungen eine Finanzierung der Massnahmen durch die Kantone über vier Jahre hinaus voraussetzen müssten, damit die Kinderbetreuungsinstitutionen Planungssicherheit hätten und Verbesserungen nachhaltig umsetzen könnten.

BPW Switzerland sieht hinsichtlich der Ziele der Programmvereinbarungen noch Konkretisierungsbedarf auf Gesetzes- oder Verordnungsebene, insbesondere hinsichtlich Qualität, Finanzen und Kindern mit Behinderung. Nach Auffassung von **Travail.Suisse** müssen die Programmvereinbarungen an die Empfehlungen zur Qualität und Finanzierung der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung gekoppelt werden, die die SODK und EDK derzeit erarbeiten. Diese sollen im Gesetz oder zumindest in der Verordnung erwähnt werden. Die Gewährung der Finanzhilfen soll spätestens in der zweiten oder dritten Vertragsperiode in Abhängigkeit der Erfüllung der Empfehlungen der SODK und EDK erfolgen.

Economiesuisse lehnt die Programmvereinbarungen mit der Begründung ab, dass neue Aufgabenverflechtungen aus föderalistischer Sicht grundsätzlich abzulehnen seien und die Kantone die unter die Programmvereinbarungen fallenden Punkte selber regeln könnten.

Weitere Organisationen und interessierte Kreise

Die **EKF**, die **EKFF** und die **EKKJ** begrüßen die Unterstützung der Kantone über das Instrument der Programmvereinbarungen ausdrücklich. Diese Einschätzung teilen **Alliance Enfance**, **Caritas Schweiz**, **Dachverband Bildung und Betreuung**, **dtma**, **EFS**, **IG Spielgruppen Bildung**, **iks**, **insieme Schweiz**, **K&F Fachstelle Kinder und Familien**, **MMI**, **Pro Familia Schweiz**, **Pro Juventute Schweiz**, **Procap Schweiz**, **SAVOIRSOCIAL**, **SKF**, **SSLV**, **Stiftung für hochbegabte Kinder** und **SVAMV**. Die Unterstützung für das Instrument der Programmvereinbarungen rührt daher, dass das Subsidiaritätsprinzip eingehalten wird und den Kantonen genügend Spielraum lässt, um sich bei der Umsetzung auf die Massnahmen zu konzentrieren, die ihrer Situation und ihren besonderen Bedürfnissen am besten entsprechen.

5.4.2 Die vier Förderbereiche

Die Vernehmlassungsteilnehmenden, die sich zu den vier Förderbereichen der Programmvereinbarungen geäußert haben, fordern vor allem, dass sowohl bei der Verteilung der Beträge als auch beim Engagement in den Förderbereichen eine gewisse Flexibilität gewährleistet werde. Einige schlagen vor, auf die frühe Förderung von Kindern zu verzichten, falls die Mittel für die Programmvereinbarungen eingeschränkt werden sollten.

Kantone, SODK und Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete

8 Kantone (**BL**, **FR**, **GE**, **GL**, **GR** [2. Eventualantrag], **JU**, **OW** und **UR**) sowie der **SGV**, die **SODK** und der **SSV** fordern, dass die Kantone frei entscheiden können, ob sie in allen vier der in Artikel 13 genannten Förderbereichen oder nur im einen oder anderen davon tätig sein wollen. Im gleichen Sinne, d. h. um mehr Flexibilität zu bieten und bestmöglich auf die Bedürfnisse der Kantone einzugehen, fordern 13 Kantone (**AI**, **AR**, **BE**, **BL**, **FR**, **GE**, **GL**, **JU**, **LU**, **NW**, **OW**, **UR** und **ZH**) sowie die **SODK**, dass die Zuordnung der jährlichen Beträge zu den vier Förderbereichen als Richtwert verstanden wird und nicht wie im erläuternden Bericht vorgeschlagen zwangsläufig proportional erfolgt.

SO und **VD** betonen, sie seien mit den vier in Artikel 13 des Entwurfs präsentierten Bereichen einverstanden.

13 Kantone (**AI, AR, BL, FR, GL, GR** [2. Eventualantrag], **JU, NE, NW, OW, SG, UR** und **VD**) sowie der **SGV**, die **SODK** und der **SSV** begrüssen es ausdrücklich, dass die Kantone bei ihrer Politik zur frühen Förderung von Kindern unterstützt werden können. **NE** sowie der **SGV**, die **SODK** und der **SSV** betonen jedoch, dass die Weiterentwicklung der Politik der frühen Förderung von Kindern angesichts des Handlungsbedarfs im Bereich der familienergänzenden Betreuung zumindest am Anfang der Gültigkeit des Gesetzes sekundär sei.

In Bezug auf die familienergänzende Betreuung unterstreicht **BS**, dass bei den Massnahmen für eine bessere Abstimmung der Angebote auf die Bedürfnisse der Eltern auf das Kindeswohl geachtet werden müsse. Für **NW** haben die Schaffung von Betreuungsplätzen und die Förderung der Qualität der Betreuungsangebote Vorrang vor der Abstimmung der Angebote auf die Bedürfnisse der Eltern. Entsprechend soll der Buchstabe b von Artikel 13 Absatz 1 gestrichen werden.

7 Kantone (**BL, FR, GL, JU, NW, OW** und **UR**) sowie der **SGV**, die **SODK** und der **SSV** halten es für angezeigt, in der ersten Programmperiode auf einen Bedarfsnachweis im Zusammenhang mit der Schaffung von Betreuungsplätzen zu verzichten, weil die Datengrundlagen erst ab der zweiten Programmperiode verfügbar sein werden.

Die Schaffung von Betreuungsplätzen für Kinder mit Behinderungen soll sich nach Auffassung von 17 Kantonen (**AG, BE, BL, BS, FR, GE, GL, GR** [2. Eventualantrag], **JU, NW, OW, SO, TI, UR, VD, VS** und **ZH**) sowie der **SODK** nicht auf Kinder im Vorschulalter beschränken. **BS, GE, NW, TI, VD** und **ZH** wünschen im Übrigen, dass dieser Begriff auf Kinder mit besonderen Bedürfnissen erweitert wird.

Eine finanzielle Beteiligung des Bundes an den Qualitätsförderungsmassnahmen wird von 10 Kantonen (**AI, AR, BL, BS, FR, GE, GL, JU, OW** und **UR**) sowie vom **SGV**, von der **SODK** und vom **SSV** begrüsst oder als sehr wirksam erachtet.

Für 7 Kantone (**FR, GE, GL, JU, SO, OW** und **UR**) sowie den **SGV**, die **SODK** und den **SSV** ist es wichtig, darauf zu achten, dass die Empfehlungen der **SODK** und der **EDK** zur Qualität und Finanzierung von familien- und schulergänzender Kinderbetreuung als Bezugsrahmen für die Programmvereinbarungen dienen.

7 Kantone (**FR, GR** [2. Eventualantrag], **GL, JU, NW, OW** und **UR**) sowie der **SGV**, die **SODK** und der **SSV** sprechen sich ausdrücklich für die Unterstützung von Programmen und Projekten von nationaler oder sprachregionaler Bedeutung durch den Bund aus. So lasse sich insbesondere der Wissenstransfer und die Koordination unter den Kantonen verbessern.

Politische Parteien

Die Parteien gewichten die Massnahmen, welche der Bund auf der Basis von Programmvereinbarungen unterstützen kann, unterschiedlich. Für **Die Junge Mitte Schweiz** und die **EVP** stehen insbesondere Massnahmen zur Verbesserung der pädagogischen und betrieblichen Qualität im Vordergrund. Die **EVP** und die **GPS** erachten die Schliessung von Angebotslücken für Kinder mit besonderen Bedürfnissen als sehr wichtig. **Die Mitte Frauen** und die **FDP-Frauen** messen der Schliessung von Angebotslücken – insbesondere während der Schulferien (**Die Mitte Frauen**) – einen besonders hohen Stellenwert bei. Nach Auffassung der **SVP** (Eventualantrag) sind Finanzhilfen an Kantone und Dritte ausschliesslich für die Schaffung von

familienergänzenden Betreuungsplätzen für Kinder im Vorschulalter sowie für die Schliessung von Angebotslücken für Kinder mit Behinderungen im Vorschulalter zu gewähren.

Verbände der Wirtschaft

GastroSuisse weist darauf hin, dass ein Augenmerk auf Ausbau und Qualität der Angebote gelegt werden müsse. Massnahmen zur Verbesserung der pädagogischen und betrieblichen Qualität der Angebote der familienergänzenden Kinderbetreuung sollten nicht angebotshemmend wirken. Nach der Auffassung des **SBLV** dürfe sich der Geltungsbereich der Programmvereinbarungen nicht auf die Schliessung von Angebotslücken beschränken.

Weitere Organisationen und interessierte Kreise

Nach Auffassung der **EKFF** wäre es angesichts der ihrer Meinung nach ungenügenden Mittel für die Programmvereinbarungen besser, der familienergänzenden Betreuung den Vorrang zu geben und auf die Unterstützung der übrigen Angebote zur frühen Förderung von Kindern zu verzichten. Auch für die **Caritas Schweiz** ist der Schaffung von Betreuungsplätzen Priorität einzuräumen.

Alliance Enfance, ARTISET, Gesundheitsförderung Schweiz, iks, Kinderschutz Schweiz SF MVB, SSLV und **SVAMV** begrüessen es ausdrücklich, dass die Kantone bei ihrer Politik der frühen Förderung von Kindern unterstützt werden können.

Während **Caritas Schweiz** betont, wie wichtig Massnahmen für eine bessere Abstimmung der Betreuungsangebote auf die Bedürfnisse der Eltern und insbesondere Eltern mit unregelmässigen oder atypischen Arbeitszeiten sind, bezweifelt die **EKFF** den Nutzen einer Unterstützung solcher Massnahmen, weil die im aktuellen Impulsprogramm für diesen Bereich vorgesehenen Mittel nur sehr wenig genutzt worden seien. **Alliance Enfance, iks** und **SSLV** beantragen, den Verweis auf diese Massnahmen zu streichen, da diese in Konflikt mit dem Kindeswohl stünden.

Die Schaffung von Betreuungsplätzen für Kinder mit Behinderungen darf sich nach Auffassung der **EKKJ** sowie von **Gesundheitsförderung Schweiz, iks, insieme Schweiz, kibesuisse, Pro Enfance, SGB-FSS** und **SSLV** nicht auf die Kinder im Vorschulalter beschränken.

Die **EKF**, die **EKKJ** und subsidiär die **EKFF** sowie **Alliance Enfance, alliance F, Caritas Schweiz, dtma, EFS, iks, insieme Schweiz, K&F Fachstelle Kinder und Familien, kibesuisse, Kinderschutz Schweiz, LCH** und **SER, Pro Enfance, Pro Familia Schweiz, SGB-FSS, SKG** und **SSLV** wünschen im Übrigen, dass dieser Begriff auf die Kinder mit besonderen Bedürfnissen ausgedehnt wird.

Eine finanzielle Beteiligung des Bundes an den Qualitätsfördermassnahmen wird von **ARTISET, Caritas Schweiz, Gesundheitsförderung Schweiz, iks** und **SSLV** befürwortet. **Alliance Enfance** und **SF MVB** sind der Meinung, dass der Vorentwurf der Qualitätsentwicklung nicht genügend Platz einräumt.

Für die **EKFF** und die **EKKJ**, die **Gemeinde Wallisellen** sowie **Alliance Enfance, alliance F, ARTISET, HFE, iks, Kinderschutz Schweiz, LCH** und **SER, MMI, READY!, SRK, SSLV, SVAMV** ist darauf zu achten, dass die Empfehlungen der SODK und der EDK zur Qualität und

Finanzierung von familien- und schulergänzender Kinderbetreuung als Basis für die Programmvereinbarungen dienen oder dass zumindest die Ziele der Vereinbarungen und der Empfehlungen aufeinander abgestimmt werden.

Die Unterstützung von Kantonen oder Dritten mit Finanzhilfen für Programme und Projekte von nationaler oder sprachregionaler Bedeutung wird von **Alliance Enfance**, **ARTISET**, **iks**, **Kinderschutz Schweiz** und **SSLV** ausdrücklich gutgeheissen.

5.4.3 Eingesetzte Mittel

Die grosse Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden, die sich zu den zur Verfügung zu stellenden Mitteln geäussert haben, hält diese für unzureichend und fordert eine Erhöhung in unterschiedlichem Ausmass.

Kantone, SODK und Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete

Nur 4 Kantone (**BL**, **OW**, **TI** und **VD**) sowie die **SAB** sind der Auffassung, die bereitgestellten Beträge seien tief oder ungenügend.

Politische Parteien

Einige der befürwortenden Parteien fordern eine Erhöhung des Verpflichtungskredits: **Die Mitte Frauen** und die **EVP** sprechen sich für einen Kredit in der Höhe von 400 Millionen Franken für die Dauer von vier Jahren aus, die **GPS** und die **SP** fordern einen Kredit in der Höhe von 600 Millionen Franken für die Dauer von vier Jahren. Die Erhöhung des Verpflichtungskredits begründen die genannten Parteien damit, dass die vorgesehenen 40 Millionen Franken pro Jahr zu knapp bemessen seien, um die angestrebten Ziele zu erreichen. Im Weiteren wollen die **GPS** und die **SP** die Kantone dazu verpflichten, deren Massnahmen nach Ablauf der Programmvereinbarungen fortzuführen und zu finanzieren, damit die Kinderbetreuungsinstitutionen Planungssicherheit haben und Verbesserungen nachhaltig umsetzen können.

Verbände der Wirtschaft

Betreffend die Höhe des vierjährigen Verpflichtungskredits fordert der **SGB** einen Kredit in der Höhe von 600 Millionen Franken, **Travail.Suisse** von mindestens 480 Millionen Franken und **BPW Switzerland** sowie der **SBLV** von 400 Millionen Franken. Der **SGB** will die Kantone dazu verpflichten, deren Massnahmen nach Ablauf der Programmvereinbarungen fortzuführen und zu finanzieren.

Weitere Organisationen und interessierte Kreise

Für die **EKF** und die **EKFF** sind die für die Programmvereinbarungen eingesetzten Mittel ungenügend. Während die **EKFF** keinen anderen Betrag vorschlägt, spricht sich die **EKF** für einen Verpflichtungskredit von 400 Millionen Franken aus. Die **EKKJ** bezweifelt, dass die 40 Millionen Franken pro Jahr ausreichen werden, und fordert deshalb, dass im Rahmen der Vollzugsbegleitung auch beurteilt wird, ob der für die Programmvereinbarungen vorgesehene Verpflichtungskredit genügt.

Alliance Enfance, **alliance F**, **ARTISET**, **Association jurassienne Familles2000**, **Dachverband Bildung und Betreuung**, **dtma**, **EFS**, **Elternbildung CH**, **FED**, **Gemeinde Bern - Gesundheitsdienst**, **Gemeinde Fehraltorf**, **Gemeinde Wallisellen**, **Gesundheitsförderung Schweiz**, **Helvetiarockt**, **HFE**, **HPF**, **IG Spielgruppen Bildung**, **insieme Schweiz**, **K&F**

Fachstelle Kinder und Familien, kibesuisse, Kinderschutz Schweiz, LCH und SER, NGO-Koordination post Beijing Schweiz, PHTG, Pro Enfance, Pro Familia Schweiz, Pro Juventute Schweiz, Procap Schweiz, READY!, SAVOIRSOCIAL, SBV, SF MVB, SGB-FSS, SKF, SRK, SSLV, Stiftung für hochbegabte Kinder, Stiftung papilio, Stiftung RgZ, SVF-ADF, Take best care GmbH und ZKSK sind der Auffassung, dass der vorgeschlagene Kredit ungenügend ist, insbesondere um auf die Bedürfnisse im Bereich der Qualitätsentwicklung einzugehen. Zudem betonen sie, dass der Kredit in keinem Verhältnis zu den Beträgen steht, die zur Senkung der Drittbetreuungskosten der Eltern vorgesehen sind. Sie fordern deshalb eine Erhöhung der verfügbaren Mittel zwischen 400 Millionen Franken für vier Jahre und 2,7 Milliarden Franken pro Jahr.

AFAE, FFAES, FKV und **MMI** halten ergänzende Investitionen für notwendig. Diese sollten an konkrete Ziele wie die Qualifikation des Personals, den Betreuungsschlüssel und die pädagogischen Konzepte geknüpft werden.

5.4.4 Bemessung der Finanzhilfen und Verfahren

Die Vernehmlassungsteilnehmenden, die sich zur Berechnung der Finanzhilfen äussern, sind der Meinung, dass diese nicht nur auf den Ausgaben der Kantone beruhen, sondern auch die Ausgaben Dritter berücksichtigen sollten.

Kantone, SODK und Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete

18 Kantone (**AI, AG, AR, BE, BS, BL, FR, GE, GL, GR** [2. Eventualantrag], **JU, LU, NE, NW, OW, SO, UR** und **VS**) sowie der **SGV**, die **SODK** und der **SSV** verlangen mehr Flexibilität am Beginn der ersten Vertragsperiode, damit bestimmte Kantone, die noch nicht für den Abschluss von Programmvereinbarungen bereit sind, nicht ausgeschlossen werden. In diesem Fall könnten Programmvereinbarungen mit kürzerer Laufzeit abgeschlossen werden. Die Vereinheitlichung der Vertragsperioden könnte dann anschliessend erfolgen.

Bei der Bemessung der Finanzhilfen wünscht **GE** eine Klarstellung, dass die Finanzhilfen des Bundes in Bezug auf die von der Programmvereinbarung erfassten Massnahmen höchstens 50 Prozent der Ausgaben aller kantonalen Gemeinwesen und nicht nur des Kantons selbst decken. Damit sollen die Kantone berücksichtigt werden, in denen die Finanzierung der familienergänzenden Betreuung von den Gemeinden getragen wird. Für den **SSV** müssen sich die 50 Prozent auf die Ausgaben des Kantons und der betroffenen Gemeinde beziehen. Nach Auffassung von **BL** und **ZH** müssen sich die 50 Prozent nicht nur auf die Ausgaben des Kantons, sondern auch von Dritten beziehen, da der Bund auch Finanzhilfen an Letztere ausrichten kann.

Politische Parteien

Die Parteien äussern sich nicht zu diesem Punkt.

Verbände der Wirtschaft

Für **Travail.Suisse** müssen sich die 50 Prozent nicht nur auf die Ausgaben des Kantons, sondern auch von Dritten beziehen, da der Bund auch Finanzhilfen an Letztere ausrichten kann.

Weitere Organisationen und interessierte Kreise

Nach Meinung von **Alliance Enfance**, **ARTISET**, **iks**, **kibesuisse**, **Kinderschutz Schweiz** und **SSLV** muss klargestellt werden, dass die Finanzhilfen höchstens 50 Prozent der Ausgaben des Kantons, aber auch von Dritten decken.

5.5 Statistiken

Die Bestimmung zur Erstellung von Statistiken wird von den Vernehmlassungsteilnehmenden weitgehend begrüsst. Viele betonen jedoch, dass der Verwaltungsaufwand begrenzt werden müsse. Häufig wird eine Beschränkung auf die familienergänzende Kinderbetreuung vorgeschlagen, um den Verwaltungsaufwand zu begrenzen.

Kantone, SODK und Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete

SO begrüsst den vorgeschlagenen Wortlaut, während sich **GR** gegen neue Statistiken ausspricht, da diese mit einem hohen administrativen Aufwand verbunden wären.

17 Kantone (**AI**, **AG**, **AR**, **BE** [Eventualantrag], **BL**, **FR**, **GE**, **GL**, **GR** [2. Eventualantrag], **JU**, **NE**, **OW**, **UR**, **SG**, **SZ**, **TI** und **VS**) sowie die **SODK** möchten die Statistik ausdrücklich auf den Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung begrenzen. Ausserdem soll sie auf die zentralen Kennzahlen beschränkt werden, um den administrativen Aufwand der Kantons- und Gemeindebehörden sowie der Betreuungseinrichtungen möglichst gering zu halten. Sie lehnen die Einführung einer Statistik im Bereich der Politik der frühen Förderung von Kindern ab, weil der Aufwand unverhältnismässig wäre. Die **SAB**, der **SGV** und der **SSV** teilen diese Meinung.

TG begrüsst die Harmonisierung der Statistiken, betont jedoch, dass der administrative Aufwand für die kantonalen und kommunalen Vollzugsbehörden sowie die Betreuungseinrichtungen so weit wie möglich begrenzt werden muss. **NW** und **VD** übernehmen die von der SODK ins Feld geführten Argumente, ohne jedoch anzugeben, ob sie die Einführung einer Statistik im Bereich der Politik der frühen Förderung von Kindern befürworten oder ablehnen.

Politische Parteien

4 Parteien (**EVP**, **FDP-Frauen**, **GPS** und **SP**) begrüssen die Erstellung einer Statistik im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung ausdrücklich. Die **EVP** würde zudem eine regelmässige Bedarfsabklärung in allen Kantonen begrüssen. Für die **SP** braucht es eine ausreichende Finanzierung für die Erhebung der Daten und die Erstellung der Statistiken.

Verbände der Wirtschaft

Von den Verbänden der Wirtschaft unterstützen der **SAV**, der **SBLV**, der **SGB** und **Travail.Suisse** explizit die Erstellung der in der Vorlage vorgesehenen Statistiken. Keiner der Verbände lehnt diese ausdrücklich ab. Der **SBLV** und der **SGB** halten zusätzlich fest, dass es für die Erhebung der Daten und die Erstellung der Statistiken eine ausreichende Finanzierung brauche.

Weitere Organisationen und interessierte Kreise

Mit Blick auf die fehlenden statistischen Grundlagen in der Schweiz begrüsst die **EKF** Artikel 17, mahnt aber auch eine ausreichende Finanzierung für die Datenerhebung und Statistikerstellung an.

Die **EKKJ** äussert sich ebenfalls positiv zu Artikel 17, verlangt aber, dass die Statistiken in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten und insbesondere mit den Akteuren erstellt werden, die die Interessen der Begünstigten und Leistungserbringer vertreten.

Die **EKFF** spricht sich für eine Statistik zur institutionellen Kinderbetreuung aus, lehnt jedoch eine Statistik im Bereich der Politik der frühen Förderung von Kindern wegen der hohen Anzahl und der Vielfalt der Angebote ab.

Alliance Enfance, ARTISET, Dachverband Bildung und Betreuung, dtma, EFS, iks, K&F Fachstelle Kinder und Familien, kibesuisse, Kinderschutz Schweiz, LCH und SER, Pro Familia Schweiz, SKF und **SSLV** begrüssen Artikel 17. **Alliance Enfance, iks, kibesuisse, Pro Enfance, SF MVB, SSLV** und **SVAMV** fordern, dass die Statistik zusammen mit den Branchenorganisationen, den Berufsverbänden oder den auf diesem Gebiet tätigen Organisationen erstellt werden. Für **Pro Enfance** ist ausserdem die Erstellung von harmonisierten Statistiken und deren Ausweitung auf den Kinderbereich eine Voraussetzung für die Einrichtung einer Nationalen Beobachtungsstelle für die Familie. Diese hätte die Aufgabe, das Wissen zu sammeln und zu koordinieren sowie den Kindern eine Stimme zu geben, um die Politik im Bereich der Kinderbetreuung zu konsolidieren. **LCH und SER** fordern eine ausreichende Finanzierung für die Erhebung der Daten und die Erstellung der Statistiken.

«Fugu» **Kinderkrippen, Gesundheitsförderung Schweiz, groupe pop e poppa servicefamille, KIMI Krippen AG, KiQ, SAVOIRSOCIAL** und **small Foot AG** bekräftigen ihre Unterstützung für die Erstellung einer Statistik im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung. Für **Gesundheitsförderung Schweiz** sollten die Bedürfnisse der verschiedenen Akteure abgeklärt werden, um die erforderlichen Daten zielgerichteter zu erheben.

5.6 Evaluation des Gesetzes

Nur wenige Vernehmlassungsteilnehmende äusserten sich zur Evaluation des Gesetzes. Sofern sie dies taten, befürworteten sie eine regelmässige Evaluierung der Auswirkungen des Gesetzes.

Kantone, SODK und Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete

Die Kantone haben keinerlei konkrete Bemerkung zur Evaluation der Auswirkungen des Gesetzes formuliert.

Politische Parteien

Die **SP** begrüsst ausdrücklich, dass die Auswirkungen des Gesetzes regelmässig evaluiert und die Resultate veröffentlicht werden.

Verbände der Wirtschaft

Aus Sicht von **economiesuisse** ist der Nachweis, dass die vorgesehenen Massnahmen nötig sind und die gewünschte Wirkung entfalten, unabdingbar. Es brauche überprüfbare Zielvorgaben und bessere Grundlagen, um den Nutzen (Effekte auf Erwerbstätigkeit und entsprechende Linderung des Fachkräftemangels) abschätzen zu können. Der **SBLV** und der **SGB** begrüßen die Evaluation der Auswirkungen des Gesetzes sowie die Veröffentlichung der Resultate. Auch für den **SAV** sind regelmässige Evaluationen zur Sicherstellung des gezielten Einsatzes der Bundesbeiträge oder allenfalls zur Beendigung der Geldgewährung unabdingbar.

Weitere Organisationen und interessierte Kreise

Die **EKF** sowie **Dachverband Bildung und Betreuung, dtma, EFS, K&F Fachstelle Kinder und Familien, LCH und SER, Pro Familia Schweiz, SAVOIRSOCIAL** und **SKF** sprechen sich ausdrücklich für eine regelmässige Evaluation der Auswirkungen des Gesetzes und die Veröffentlichung der Ergebnisse aus. **SAVOIRSOCIAL** stellt klar, dass die Evaluation durch unabhängige externe Stellen erfolgen müsse.

Für die **Gemeinde Wallisellen, READY!** und **SF MVB** müssen auch die Auswirkungen der Programmvereinbarungen als Instrument zur Förderung der Chancengerechtigkeit in der frühen Kindheit Gegenstand einer von Anfang an eingeplanten externen Evaluierung sein.

Procap Schweiz fordert, die Bestimmungen über die Statistiken durch eine Bedarfserhebung (insbesondere in Bezug auf die Kinder mit Behinderungen oder besonderen Bedürfnissen) und eine Analyse der Auswirkungen der an die Eltern entrichteten Beiträge zu ergänzen.

6 Anhang

Liste der im Bericht genannten Vernehmlassungsteilnehmenden (mit den verwendeten Abkürzungen)

1. Kantone Cantons Cantoni

AG	Aargau / Argovie / Argovia
AI	Appenzell Innerrhoden / Appenzell Rhodes-Intérieures / Appenzello Interno
AR	Appenzell Ausserrhoden / Appenzell Rhodes-Extérieures / Appenzello Esterno
BE	Bern / Berne / Berna
BL	Basel Landschaft / Bâle-Campagne / Basilea Campagna
BS	Basel Stadt / Bâle-Ville / Basilea Città
FR	Fribourg / Freiburg / Friburgo
GE	Genève / Genf / Ginevra
GL	Glarus / Glaris / Glarona
GR	Graubünden / Grisons / Grigioni
JU	Jura / Giura
LU	Luzern / Lucerne / Lucerna
NE	Neuchâtel / Neuenburg / Neuchâtel
NW	Nidwalden / Nidwald / Nidvaldo
OW	Obwalden / Obwald / Obvaldo
SG	St. Gallen / Saint-Gall / San Gallo
SH	Schaffhausen / Schaffhouse / Sciaffusa
SO	Solothurn / Soleure / Soletta
SZ	Schwyz / Schwyz / Svitto
TG	Thurgau / Thurgovie / Turgovia
TI	Ticino / Tessin
UR	Uri
VD	Vaud / Waadt
VS	Valais / Wallis / Vallese
ZG	Zug / Zoug / Zugo
ZH	Zürich / Zurich / Zurigo

2. Politische Parteien

Partis politiques

Partiti politici

	Die Junge Mitte Schweiz Jeunes du Centre Suisse Giovani del Centro
	Die Mitte Le Centre Alleanza del Centro -
	Die Mitte Frauen Le Centre Femmes Alleanza del Centro Donne
EVP PEV PEV	Evangelische Volkspartei der Schweiz Parti évangélique suisse Partito evangelico svizzero
FDP PLR PLR	FDP.Die Liberalen PLR.Les Libéraux-Radicaux PLR.I Liberali Radicali
FDP-Frauen PLR-Femmes PLR-Donne	FDP.Die Liberalen Frauen PLR.Les Libéraux-Radicaux Femmes PLR.I Liberali Radicali Donne
GLP PVL PVL	Grünliberale Partei Schweiz Parti vert'libéral suisse Partito verde liberale svizzero
GPS Les Verts I verdi	Grüne Partei der Schweiz Parti écologiste suisse Partito ecologista svizzero
SP PS PS	Sozialdemokratische Partei der Schweiz Parti socialiste suisse Partito socialista svizzero
SVP UDC UDC	Schweizerische Volkspartei Union démocratique du centre Unione Democratica di Centro

3. Dachverbände der Städte und Gemeinden und der Berggebiete
Associations faitières des villes, des communes et des régions de montagne
Associazioni mantello delle città e dei Comuni e delle regioni di montagna

SAB	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete Groupement suisse pour les régions de montagne Gruppo svizzero per le regioni di montagna
SGV ACS ACS	Schweizerischer Gemeindeverband Association des Communes Suisses Associazione dei Comuni Svizzeri
SSV UVS UCS	Schweizerischer Städteverband Union des villes suisses Unione delle città svizzere

4. Verbände der Wirtschaft
Associations de l'économie
Associazioni dell'economia

Ständige Adressaten Destinataires permanents Destinatari permanenti	
	economiesuisse
SAV UPS USI	Schweizerischer Arbeitgeberverband Union patronale suisse Unione svizzera degli imprenditori
SGB USS USS	Schweizerischer Gewerkschaftsbund Union syndicale suisse Unione sindacale svizzera
SGV USAM USAM	Schweizerischer Gewerbeverband Union suisses des arts et métiers Unione svizzera delle arti e mestieri
Travail.Suisse	Travail.Suisse
Weitere Verbände der Wirtschaft Autres associations de l'économie Altre associazioni dell'economia	
	EIT.swiss
BPW Switzer- land	Business & Professional Women
cp	Centre Patronal

GastroSuisse	Für Hotellerie und Restauration Pour l'Hôtellerie et la Restauration Per l'Albergheria e la Ristorazione
SBLV USPF USDCR	Schweizerischer Bäuerinnen- und Landfrauenverband Union suisse des paysannes et des femmes rurales Unione Svizzera delle Donne contadine e rurali

5. Durchführungsstellen, Organisationen und interessierte Kreise
Organes d'exécution, organisations et milieux intéressés
Organi d'esecuzione, organizzazioni e parti interessate

AFAE	alliance fribourgeoise des acteurs de l'enfance
	Alliance Enfance
alliance F	Bund Schweizerischer Frauenorganisationen Alliance de sociétés féminines suisses Alleanza delle società femminili svizzere
ARTISET	Föderation der Branchenverbände der Dienstleister für Menschen mit Unterstützungsbedarf
	Association jurassienne Familles2000
	Ausbildungsstätte kid
	Caritas Schweiz Caritas Suisse Caritas Svizzera
	Dachverband Bildung und Betreuung Éducation et Accueil Educazione e accoglienza
dtma	Dachverband Tagesstrukturen Mittagstisch Aargau
EFS FPS	Evangelische Frauen Schweiz Femmes protestantes en Suisse
	Elternbildung CH Formation des Parents CH Formazione dei genitori CH
EKF CFQF CFQF	Eidg. Kommission für Frauenfragen Commission fédérale pour les questions féminines Commissione federale per le questioni femminili
EKFF COFF COFF	Eidg. Kommission für Familienfragen Commission fédérale pour les questions familiales Commissione federale per le questioni familiari

EKKJ CFEJ CFIG	Eidg. Kommission für Kinder- und Jugendfragen Commission fédérale pour l'enfance et la jeunesse Commissione federale per l'infanzia e la gioventù
FFAES	Verband der ausserschulischen Betreuung des Kantons Freiburg Fédération fribourgeoise des accueils extrascolaires du canton de Fribourg
FKV FCGF	Freiburger Krippenverband Fédération des crèches et garderies fribourgeoises
FED SEI	Früherziehungsdienst des Kantons Bern Service éducatif itinérant du canton de Berne
FKS Glarnerland	Fach- und Kontaktstelle Glarnerland
FKS Kanton Bern CSG du canton de Berne	Fach- und Kontaktstelle Spielgruppen Kanton Bern Centre de contact spécialisé pour les groupes de jeux du Canton de Berne
freikirchen.ch	Dachverband Freikirchen und christliche Gemeinschaften Schweiz
	«Fugu» Kinderkrippen
	Gemeinde Wallisellen Commune de Wallisellen Comune di Wallisellen
	Gemeinde Fehraltorf Commune Fehraltorf Comune di Fehraltorf
	Gemeinde Bern - Gesundheitsdienst Commune de Berne - Service de santé publique Comune di Berna - Servizio per la salute
	Gesundheitsförderung Schweiz Promotion Santé Suisse Promozione Salute Svizzera
	groupe pop e poppa servicefamille
	Helvetiarockt
HFE	Heilpädagogische Früherziehung Bülach/Dielsdorf
HPF	Heilpädagogische Frühberatung Winterthur, Andelfingen und Illnau-Effretikon
	IG Spielgruppen Bildung
insieme Schweiz insieme Suisse	Schweizerische Vereinigung der Elternvereine für Menschen mit geistiger Behinderung Fédération suisse des associations de parents de personnes mentalement handicapées
iks	institut kinderseele schweiz

	K&F Fachstelle Kinder und Familien
kibesuisse	Verband Kinderbetreuung Schweiz Fédération suisse pour l'accueil de jour de l'enfant Federazione svizzera delle strutture d'accoglienza per l'infanzia
	Kinderkrippenverein Dietikon
	Kinderschutz Schweiz Protection de l'enfance Suisse Protezione dell'infanzia Svizzera
	KIMI Krippen AG
KiQ	KiQ – Unabhängige Kitas für Qualität KiQ – Crèches indépendantes pour la Qualité
LCH	Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz
MMI	Marie Meierhofer Institut für das Kind
	NGO-Koordination post Beijing Schweiz Coordination post Beijing des ONG Suisses Coordinazione post Beijing delle ONG Svizzere
	Ombudsstelle Kinderrechte Schweiz Office de l'Ombudsman des droits de l'enfant Suisse Ufficio dell'Ombudsman dei diritti dei bambini Svizzera
PHSG	Pädagogische Hochschule St.Gallen
PHTG	Pädagogische Hochschule Thurgau
Pro Enfance	Plateforme romande pour l'accueil de l'enfance
Pro Familia Schweiz Pro Familia Suisse Pro Familia Svizzera	Dachverband der Familienorganisationen in der Schweiz Association faitière des organisations familiales de Suisse Associazione mantello delle organizzazioni per le famiglie in Svizzera
	Pro Infirmis
	Pro Juventute Schweiz Pro Juventute Suisse Pro Juventute Svizzera
	Pro Single Schweiz
	Procap Schweiz Procap Suisse Procap Svizzera
	READY!

	Schweizerische UNESCO-Kommission Commission suisse pour l'UNESCO Commissione svizzera per l'UNESCO
SAVOIRSOCIAL	Schweizerische Dachorganisation der Arbeitswelt Soziales Organisation faïtière suisse du monde du travail du domaine social Organizzazione mantello svizzera del mondo del lavoro in ambito sociale
SBV FSA	Schweizerischer Blinden- und Sehbehindertenverband Fédération suisse des aveugles et malvoyants
SER	Syndicat des enseignantes et enseignants de Suisse romande
SF MVB AS CPE AS CGB	Schweizerischer Fachverband Mütter- und Väterberatung Association suisse des consultations parents-enfants Associazione svizzera per la consulenza genitori bambini
SGB-FSS	Schweizerischer Gehörlosenbund Fédération Suisse des Sourds Federazione Svizzera dei Sordi
SHV FSSF FSL	Schweizerischer Hebammenverband Fédération suisse des sages-femmes Federazione svizzera delle levatrici
SKF LSFC	Schweizerischer Katholischer Frauenbund Ligue suisse des femmes catholiques Unione svizzera delle donne cattoliche
SKG CSDE CSP	Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten Conférence suisse des délégué·e·s à l'égalité Conferenza svizzera delle-i delegate-i alla parità
	small Foot AG
SODK CDAS CDOS	Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales Conferenza delle direttrici e dei direttori cantonali delle opere sociali
SRK CRS CRS	Schweizerisches Rotes Kreuz Croix-Rouge suisse Croce Rossa Svizzera
SSLV FSAJ	Schweizerischer Spielgruppen-LeiterInnen-Verband Fédération suisse des animatrices de groupes de jeux
	Städteinitiative Sozialpolitik Initiative des villes pour la politique sociale
	Stiftung für hochbegabte Kinder

	Stiftung papilio
	Stiftung RgZ
SVAMV FSFM FSFM	Schweizerischer Verband alleinerziehender Mütter und Väter Fédération suisse des familles monoparentales Federazione svizzera delle famiglie monoparentali
SVF-ADF ADF-SVF	Schweizerischer Verband für Frauenrechte Association suisse pour les droits de la femme
	Take best care GmbH
ZKSK	Zentrum für Kinder mit Sinnes- und Körperbeeinträchtigung ZKSK AG